

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insertions-Gebühr für den Raum einer vierteljährigen Zeitzeile 1/2 Sgr.

Breslauer



Zeitung

No. 31.

Sonnabend den 31. Januar

1852.

Inhalt. Breslau. (Zur Situation.) — Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Kammervorhandlungen.) — Parlamentarisches.) — (Zur Tages-Chronik.) — (Militärisches.) — (Das Ministerium des Innern.) — Deutschland. Frankfurt. (Weiteres über die Flottenfrage.) — (Verschiedene Notizen.) — München. (Schwäbische Wahlen.) — Stuttgart. (Ein außerordentlich strenges Bettler- und Vagabundengesetz.) — Weimar. (Beantwortung einer Interpellation, den Zollverein betreffend.) — Hannover. (Nähe Vertagung. Heftige Debatten und Interpellationen in den Kammern.) — Dänemark. Kopenhagen. (Die Ministerkrise.) — Oesterreich. Wien. (Minister Kraus. Verwandlung des Speerl in eine Kaserne.) — (Veränderung in der Stellung des Ministeriums.) — Frankreich. Paris. (Tagesbericht.) — (Des angebliche orleanistische Komplott.) — Großbritannien. London. (Das Ministerium. Zum Strife. Graf Jarnac.) — Rußland. Von der polnischen Grenze. (Russisches Militär.) — Provinzial-Zeitung. Breslau. (Von der Universität.) — Glaz. (Berichtigung.) — Meisse. (Die Breslauer Industrieausstellung.) — Liegnitz. (Zur schlesischen Industrieausstellung. Wahrheitsfakt.) — Notizen aus der Provinz. — Opeeln. (Personalien.) — Wissenschaft, Kunst und Literatur. Breslau. (Vorlesungen im Café restaurant.) — Handel, Gewerbe und Ackerbau. Breslau. (Cigarrenfabrik.) — (Praktisches Verfahren zum Maisbau im Großen und im Kleinen.) — Berlin. (Patente.) — Breslau. (Produktenmarkt.) — (Wollbericht.) — Eisenbahn-Zeitung. — Mannigfaltiges.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 28. Januar. Der heutige „Constitutionnel“ kündigt an: es sei unangebracht, daß die Maßregel der orleanistischen Güter-Konfiskation dem Senat oder gesetzgebenden Corps vorgelegt werde.

Paris, 28. Januar. Die baldige Einführung einer Einkommensteuer und die Umwandlung der fünf- in eine vierprozentige Steuer scheint gewiß.

London, 28. Januar. Das fällige Dampfschiff aus Westindien ist eingetroffen. Auch die theilweise Zurückberufung des Geschwaders aus dem Mittelmeer ist beschlossen.

Brüssel, 28. Januar. Der Präsident des Senats, Dumon Dumortier, ist gestorben. Der hiesige französische Gesandte Quinette, ist zur Disposition gestellt und durch Bassano ersetzt. (Berl. Bl.)

Turin, 29. Januar. Heute soll die Preßgesetzkommission ihren Bericht der Abgeordnetenkommission erstatten. Man vermuthet, der gesammte ministerielle Vorschlag werde verworfen werden; dagegen solle die Regierung zu einem neuen Gesetzesvorschlage aufgefordert werden, um die Unvollkommenheiten des Geschwornengesetzes zu beseitigen und dem Richter ausgedehntere Befugnisse zu verleihen.

Breslau, 30. Jan. [Zur Situation.] In der zweiten Kammer hat gestern die Debatte über den Beseler'schen Antrag begonnen. Bekanntlich forderte derselbe die Kammern auf, zu erklären:

„Daß durch die Theilnahme der preussischen Regierung an der zu Frankfurt a. M. zusammengetretenen Bundesversammlung die Souveränität der Krone Preußen und die Wirksamkeit der preuss. Verfassung in keiner Weise habe beschränkt werden können; daß insbesondere die Beschlüsse dieser Bundesversammlung, insoweit sie eine Abänderung der Verfassung oder der Gesetze Preußens enthalten oder dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegen sollten, ohne die Zustimmung der Kammern für Preußen unwirksam sind.“

Die Zeitgemäßheit eines solchen Antrages ist wohl für Jeden außer Zweifel gestellt, der nur mit einiger Aufmerksamkeit den Gang der Ereignisse verfolgt hat und am meisten für den, welcher aus unsern offiziellen Blättern selbst, die aggressive Tendenz des österreichischen Einflusses am Bundestage kennen gelernt hat. — Sind doch die meisten Verfassungen der kleinen deutschen Staaten bereits dem Gebote des Bundestages zum Opfer gefallen und ist doch in diesem Augenblicke für die thüringischen Staaten nur die Wahl gelassen, entweder „freiwillig“ die revidierende Hand an ihre resp. Verfassungen zu legen, oder zu gewärtigen, daß die Autorität des Bundestages angerufen werde.

Uebrigens hat die Diskussion über den Beseler'schen Antrag gestern noch zu keinem Resultat geführt und wird heute fortgesetzt.

Was das gestern gemeldete Gerücht von Aufstellung eines Armeekorps am Rhein u. dgl. betrifft, so wird heute solches von der N. Pr. 3. auf das Bestimmteste in Abrede gestellt.

In Bezug auf die dänisch-schleswigsche Frage und die Entscheidung der gegenwärtigen Ministerkrise in Kopenhagen, wie sie nunmehr erfolgt, in einem die deutschen Großmächte zufriedenstellenden Sinne, soll der Einfluß des englischen Kabinetts nicht ohne Mitwirkung gewesen sein. Der neue englische Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten hat auf vertrautem Wege in Kopenhagen zu erkennen gegeben, daß eine endliche Verständigung Dänemarks mit den Großmächten schon um deshalb als wünschenswerth und nothwendig erscheine, weil schon in Rücksicht auf die für dauernden Frieden keine Bürgschaft gebenden französischen Verhältnisse, England sich gegenwärtig in einer andern Position den deutschen Großmächten gegenüber befinde als bisher und daß es weit entfernt sei, eine fernere Verzögerung der Abwicklung der schleswigschen Frage zu unterstützen.

In England erhält sich die Besorgnis vor einer französischen Invasion in voller Lebendigkeit und wird durch die pariser Korrespondenten londoner Blätter immer neu angefaßt. So hat namentlich eine pariser Korrespondenz des Morning Chronicle sehr viel Del in die allarmistischen Flammen gegossen. Das Elysee, heißt es darin, ist voll von Kriegsplänen. Louis Napoleon studirt fortwährend Seekarten und Landungspläne, die ihm von bonapartistischen Militärs vorgelegt werden; seine Umgebung spricht mit Zuversicht von der Ausführbarkeit eines direkten Angriffs auf England, und von der Unvermeidlichkeit einer baldigen Reibung mit dem Erzfeind. Der Prinz-Präsident hat sich den Krieg in den Kopf gesetzt, und wird sich davon auf die Länge so wenig abbringen lassen wie von andern Plänen, die man ihm niemals zugestrahlt hätte. Zugleich will der Korrespondent eine auffallende Annäherung zwischen den Bonapartisten und den zahlreichen russischen Notabilitäten bemerkt haben, welche die pariser Salons füllen.

Preußen.

Berlin, 29. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem ordentlichen Professor und Direktor des botanischen Gartens, Dr. Treviranus zu Bonn, so wie dem Lieutenant und Kreisgerichts-Sekretär a. D. Georg Wilhelm Weynandt zu Nöscheneode am Harz, den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; und den bisherigen ordentlichen Professor und Direktor der medizinischen Klinik bei der Universität in Kiel, Dr. Friedrichs, zum ordentlichen Professor der speziellen Pathologie und Therapie in der medizinischen Fakultät der Universität zu Breslau und zum Direktor der medizinischen Klinik derselben zu ernennen.

Abgerufen: Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. Wilsleben, nach Magdeburg.

Kammer-Vorhandlungen.

Sitzung der zweiten Kammer vom 29. Januar. Am Ministertisch: v. Mantuffel, v. d. Heydt, und v. Westphalen, später Simons.

Zunächst beschäftigt man sich mit dem Petitionsbericht. Ueber eine vorliegende Petition auf Bau einer Chaussee von Kolberg zur Ostbahn, über die die Kommission den Uebergang zur Tagesordnung vorschlägt, entzündet sich eine Diskussion, an welcher sich die Abg. Hartort, v. Kleist-Nesow und Graf Arnim vorzugsweise betheiligen. Hartort will spezielle Bevorzugung, nachdem Millionen zu andern Zwecken bewilligt, sei es auch an der Zeit, den materiellen Interessen Rechnung zu tragen. — Die Tagesordnung wird, nachdem Graf Arnim erklärt, wenn es sich um Vertheidigung des Vaterlandes und Bewilligung der dazu nothwendigen Fonds handle, wäge er allerdings sein „Ja“ nicht in dem Maße wie bei dergleichen Fragen, — angenommen.

Man kommt zu dem Bericht über den Beseler'schen Antrag. — Ein Vorschlag von Winzler, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen, weil die Bundesverhandlungen nicht zu den Gegenständen gehörten, welche nützlicher Natur und Berathungen der Kammer darüber deshalb nicht am Orte — erregt Heiterkeit.

Abg. Röbdechen als Berichterstatter der Kommission vertheidigt die Tagesordnung der Kommission.

Graf D. v. Hrn hält gerade bei dieser Diskussion die Sympathie und Antipathie, gegen die Ansicht des Berichterstatters, an der geeigneten Stelle; er rechnet den Bundestag auch zu den unnützen und unnöthigen Sachen. Der neue Bundestag erregt in dem Redner den Schmerz als Preusse vornämlich; er hält denselben für die Unterwerfung Preußens unter Oesterreich. Offiziell ist von der Existenz des letzteren die Kammer noch nicht unterrichtet, aber er besieht thatsächlich, wie es die jüngsten Maßnahmen bezeugen. Der Redner schildert die Stellungen Preußens und Oesterreichs im Jahre 1849 und die im Jahre 1851. Diese günstige Stellung Preußens ist aufgegeben worden, um mit der Revolution zu brechen. Was heißt aber Oesterreich gegenüber mit der Revolution brechen? nicht bloß mit dem Jahre 1848, sondern auch mit 1740, 1640, d. h. mit dem großen Kurfürsten und dem großen Friedrich, d. h. mit der Geschichte und der Ehre Preußens brechen. Der Hofburg gegenüber sind diese beiden größten Männer Preußens die größten Revolutionäre. Oesterreich rückt nun gegen den letzten Hort deutscher Einheit, gegen den Zollverein und bei dieser Thatsache schlägt die Kommission die Tagesordnung vor, zwar mit Gründen, welche der Redner widerlegt. Gegen das Now der Kommission, daß es der Kammer allein entspricht, die Rechte und Interessen des Landes wahrzunehmen, hält der Redner den Akt des Ausscheidens der preussischen Provinzen aus dem deutschen Bunde, welcher wohl die Interessen der Kammer betrifft. — Reichenberger, welcher in der Kommission die motivirte Tagesordnung in einer anderen Fassung vorgeschlagen, sich jedoch in der Minorität befunden hat, vertheidigt dieselbe. Die Hauptfrage ist, ist dieser Bundestag eine neue Schöpfung, oder die Reaktivierung des alten? Der Redner entscheidet sich für das Letztere. Wenn also nun Preußen, da es nichts Neues liefern konnte, in den alten Bundestag eintrat, hat es nicht nur seinem Recht, sondern auch der Pflicht genügt. Er glaubt, dem Beseler'schen Antrage habe die Tendenz zum Grunde gelegen, der Bundesversammlung und der preussischen Regierung eine Lektion zu geben, hält jedoch die jetzige Zeit gar nicht geeignet für ein solches Streben. Er sieht in dem neuen Bundestage nicht eine Unterwerfung Preußens unter Oesterreich, sondern einen Sieg des Rechts über den Irrthum. Aus rechtlichen und faktischen Gründen stimmt er gegen den Antr. Beseler's. v. Winzler erklärt sich gegen die Ansicht des vor. Redners, daß der Bundestag rechtlich fortbestand. Wenn dieser also eine neue Schöpfung ist, da hätte die Regierung vor dem Beitritt die Zustimmung der Kammern einholen müssen, um so mehr, als dadurch eine Beschränkung der preussischen Souveränität bedingt wurde. Der Redner hält das Interesse der Kammern außerdem für sehr berechtigt, da die Kammern, indem sie den Staatshaushalts-Gesetz zu prüfen haben, mit den Matrikular-Beiträgen in Beziehung treten, außerdem die Verwendung des preussischen Heeres nach Befehl des Bundestages gerade eine Angelegenheit ist, welche eine Einmischung der Kammern wohl erklärlich macht. Aber unsere häuslichen Angelegenheiten sind durch die Schöpfung des neuen Bundestages gefährdet. — Gerade zu den glückseligsten Zeiten Preußens sei kein freies Verhältnis zwischen diesem und Oesterreich gewesen, welches der Vorredner so eifrig gewünscht hat. v. Winzler erklärt sich darauf gegen die motivirte Tagesordnung der Kommission, ebenso gegen die des Abgeordneten Geppert, welche lautet: die Kammer wolle beschließen: In Erwägung, daß bei den von der Bundesversammlung zu fassenden Beschlüssen, die Wahrung der Souveränität der Krone Preußens wie der verfassungsmäßigen Rechte des Landes der königlichen Regierung obliegt, und von derselben erwartet werden muß, die Kammer auch ihrerseits zu einer Erklärung erst dann Veranlassung hat, wenn sie die verfassungsmäßigen Rechte gefährdet glaubt, geht die Kammer über den Beseler'schen Antrag zur Tagesordnung über. Schließlich bittet der Redner dem Beseler'schen Antrage beizutreten. Minister.

Präsident v. Mantuffel: Preußen hat seit dem Entstehen des Bundestages sich nicht in schwächerer Lage befunden, und soll es nie sein. Die Lage von Preußen ist keine ungünstige. Daß es etwas Besseres für Deutschland geben könne, und wer möchte es bezweifeln, aber daß es nicht erreichbar, zeigen die Bemühungen Preußens. Ob Oesterreich wirklich feindselige Gesinnungen gegen uns hat, ist hier nicht der Ort zu untersuchen, daß zwischen zwei großen neben einander bestehenden Staaten eine Meinungsverschiedenheit auftreten kann, ist klar; aber kein Staatsmann darf daraus einen langen Haß machen. Aber selbst einer solchen feindseligen Gesinnung wäre der Bundestag kein günstiger Boden. Man hat uns zum Vorwurf gemacht, daß die österreichischen Soldaten im Norden Deutschlands sind, man wird uns wiederum den Vorwurf machen, wenn sie jetzt abziehen. Das Ministerium wird nie vergessen, daß es am besten für Deutschland sorgen heißt, wenn man für Preußen sorgt. v. Bodelschwing weist die Erregung des Nationalstolzes, wie sie durch die Rede des Grafen Dyrn geschahen, als ganz ungeeignet mit Entkräftung zurück. Er wünscht, daß Preußen mit Oesterreich Hand in Hand gehe, dann mögen die Feinde kommen, woher sie wollen. Der Antrag auf Schluß wird abgelehnt. Die Sitzung wird auf Morgen 10 Uhr vertagt.

[Parlamentarisches.] Der von dem Finanzminister am 26. d. M. in der zweiten Kammer eingebrachte Gesetz-Entwurf, betreffend die Einführung einer Zeitungssteuer, lautet:
§ 1. Alle vom 1. . . . an im Inlande in periodischen, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinende politische Zeitungen und Zeitschriften unterliegen einer Zeitungssteuer von einem halben Pfennig für je 100 Quadrat Zoll eines jeden (auf einer Seite oder auf beiden Seiten ganz oder theilweise bedruckten) Bogens jedes Exemplars des Hauptblattes und der Beilagen. Weniger als überhaupt 100 Quadrat Zoll werden 100 Quadrat Zoll gleich geachtet; dagegen werden von den überschüssigen nicht volle 100 ausmachenden Zollen weniger als 50 gleich 50 Quadrat Zoll mit $\frac{1}{2}$ Pfennig und mehr als 50 Zoll gleich 100 Quadrat Zoll mit $\frac{1}{2}$ Pfennig versteuert. Derselben Steuer unterliegen alle, ausschließlich oder theilweise zur Aufnahme von Familien-Nachrichten, zu Anzeigen über öffentliche Vergütungen, über Ein- und Verkäufe, zu Nachrichten im sonstigen Geschäftsverkehr über gefohlene, verlorene oder gefundene Sachen oder zu anderen ähnlichen Anzeigen dienende periodische inländische Blätter. Wer außerhalb des preussischen Staates erscheinende Zeitungen oder Zeitschriften hält, hat eine Steuer von 25 Prozent desjenigen Kostenpreises (ausschließlich der Postprovision), welche dafür am Orte ihres Erscheinens im Abonnement gezahlt wird, mindestens aber zwei Thaler für jedes Exemplar des Jahrganges zu entrichten. Den Zeitungen stehen durch Lithographie oder auf irgend eine andere Art technisch vervielfältigte Schriften gleich, welche in periodischen, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen.

(Die übrigen Bestimmungen des Gesetz-Entwurfs sind nicht von allgemeiner Bedeutung. Um aber dem Publikum einen Begriff von der enormen Belastung der Presse, welche aus dieser neuen Art der Besteuerung resultiren würde, zu geben, beziehen wir uns auf die von der Regierung selbst in den Motiven aufgestellte Berechnung. Es heißt daselbst: Wenn der Bogen einer Zeitung 335 $\frac{1}{2}$ Quadrat Zoll enthält, so kommen 350 Quadrat Zoll in Rechnung. Wird nun von je 100 Quadrat Zoll jedes Druckbogens eine Steuer von $\frac{1}{2}$ Pfennig verlangt, so sind, falls die Zeitung täglich erscheint, von jedem Bogen und Exemplar zusammen 1 $\frac{1}{2}$ Pf. und wenn die Zeitung einschließlich der Beilagen drei Bogen stark ist, täglich 5 $\frac{1}{2}$ Pf., also jährlich 4 Rtl. 16 Sgr. 6 Pf. für jedes Zeitungs-Exemplar zu entrichten; also bei einer Auflage von 10,000 Exemplaren, im Ganzen jährlich — 45,000 Thaler!)

Zu dem Vorberichte der Central-Budget-Kommission sind zwei wichtige Amendements gestellt worden. Das erste, von dem Abg. Harkort, verlangt in Betreff der Gratifikationen und Remunerationen, daß, soweit letztere nicht für ungewöhnliche, ganz außer dem Dienstbereich liegende Leistungen gegeben werden, sie gänzlich ausbleiben und für auskömmliche Besoldungssätze gesorgt werden solle und daß Ausnahmen hiervon nur durch die Eigenbütlichkeit der Dienstverrichtung und der sonstigen Lebensverhältnisse begründet seien; daß endlich die besonderen Unterstützungsfonds nur den Beamten zu Gute kommen sollen, deren Gehalt unter 1000 Thaler beträgt. Das zweite, von dem Abg. v. Patow eingebracht, beantragt, daß für die Behandlung von Staatsüberschreitungen die Kammer die Norm der Ober-Rechnungskammer annehme, daß nämlich Überschreitungen nur dann durch eine Deckung mittels Erparungen bei andern Titeln desselben Etats als gerechtfertigt betrachtet werden sollen, wenn die Uebertragung der beiden Titel im Etat selbst für statthaft erklärt ist; so wie ferner, daß Uebertragungen von Erparungen aus einem Jahr in das andere nur da, wo dies ausdrücklich im Etat zugegeben ist, nachgelassen werden sollen. — Beide Anträge sind von Mitgliedern der Linken unterstützt.

Der Buchdrucker-Verein in Erfurt hat sich gleichfalls wegen der durch Administrativbeschränkungen gegen ihn ergriffenen Maßregeln mit einer Beschwerde an die Kammer gewendet. Gestern haben sich in der ersten Kammer die Kommissionen zur Untersuchung der Angelegenheiten der Dissidenten und zur Vorberatung des hessischen Antrages wegen Neubildung der ersten Kammer konstituiert. Vorsitzender der letzteren ist Herr v. Diesberg. Auch Herr v. Bethmann-Hollweg und Graf Fürstberg-Stammheim sind Mitglieder dieser Kommission. — Vorsitzender der ersterwähnten Kommission ist Graf Dohna-Laud.

Berlin, 29. Januar. [Zur Tages-Chronik.] Man hört mehrfach, daß der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen für eine hohe militärische Stellung am Rhein bestimmt sei und seine Residenz in Düsseldorf nehmen werde.

Die schon für jetzt in Aussicht gestellte Rückkehr des für Oesterreichs Handelspolitik so thätigen Ministerialraths Dr. Hock nach Frankfurt möchte nicht erfolgen. Wir hören vielmehr, daß nach Beendigung der wiener Handelskonferenz Herrn Hock Aufträge seiner Regierung zunächst an einige mitteldeutsche Höfe führen werden.

Dem Beispiele der größeren Städte unserer Monarchie, welche ein Einzugsgeld für neu Heranziehende beanspruchen, sind viele Mittelstädte und endlich selbst auch von den kleinsten Städten mehrere gefolgt. In Bezug auf die letzteren haben die betreffenden Regierungskollegien mehrfach eine solche Forderung als unbegründet und unstatthaft bezeichnet. Man scheint sich aber nicht allenthalben mit diesem Bescheide beruhigen zu wollen. Man wendet sich vielmehr mit Vorstellungen an das Ministerium des Innern, das sich wohl veranlaßt sehen möchte, in dieser Angelegenheit allgemeine Grundsätze aufzustellen.

Der preussischen Regierung stehen bekanntlich noch Ansprüche gegen einzelne deutsche Regierungen aus der Bezahlung von Schulden zu, welche mediatisirte und resp. säkularisirte Gebiete zur Zeit des deutschen Reichs kontrahirt hatten. Preußen hatte seiner Zeit, namentlich zur Tilgung der Schulden der kur- und oberheinischen Kreise, sowie mehrerer Johanniter-Ordens-Kommenden Vorschüsse im Betrage von etwa 200,000 Thlr. gemacht, deren Regulirung mit den beteiligten Regierungen durch die Auflösung der Bundesversammlung im Jahre 1848 unterbrochen wurde. Dem Vernehmen nach werden die Verhandlungen preussischer Seite wieder aufgenommen und auf Abwicklung der Angelegenheiten gedrungen werden.

[Militärisches.] Die Einführung des neuen Lederzeuges bei der Armee nach der mittelländischen Ordre vom 11. April 1851 genehmigten Probe soll nach dieser Ordre nur allmählich aus den jährlichen Kontingenten und nach Maßgabe der vorhandenen disponiblen Mittel erfolgen. Diese Bestimmung kann jedoch nur auf die Fußtruppen des stehenden Heeres und nicht auf die Landwehr Anwendung finden, weil diese lediglich für die wenigen Stamm-Mannschaften die Lederzeug-Kontingente wie die Linien-Truppen, dagegen für die Uebungsmannschaften nur den vierten Theil dieser Kontingente, mithin für die Patronentaschen das Kontingent zu einer Tragezeit von 120 Jahren erhält. Es würde also hiernach fast gar keine Ansicht vorhanden sein, das Lederzeug und Gepäck nach der neuen Probe bei der Landwehr einzuführen und dieselbe müßte daher der Linien-Infanterie in Bezug auf diesen Theil der Ausrüstung auf lange Zeit nachstehen, wenn ihr nicht die erforderlichen Mittel hierzu extraordinär gewährt werden. Die Kosten der Herstellung des neuen Gepäcks bei den zwölf Garde-Landwehr- und 104 Provinzial-Landwehr-Bataillonen betragen, und zwar in so weit es sich hierbei nur zunächst um die Neuanschaffung einer kleinen Patronentasche und um die Umänderung der bisherigen großen in eine

zweite kleine Patronentasche handelt, per Bataillon auf die volle Kriegsstärke à 981 Mann (excl. Feldwebel und Spielleute) à 1 Thlr. 2 Sgr. = 1046 Thlr. 12 Sgr. für sämtliche 116 Landwehr-Bataillone 121,382 Thlr. 12 Sgr., wobei auf die Einführung der neuen geschweiften Patronen bei der Landwehr vorläufig noch nicht gerücksichtigt ist. In Betrach der Beschränktheit der Staatsmittel sind zu der fraglichen Neuanschaffung und resp. Umänderung der Patronentaschen zur theilweisen Ausführung dieser Maßregel pro 1852 nur 50,000 Thlr. extraordinär liquidirt, und der Rest dem Etat pro 1853 vorbehalten.

Ueber das Avancement im Jahre 1851 in der Armee bringt die „Pr. Wehr.“ eine Zusammenstellung, der wir Folgendes entnehmen: Zu Sekonde-Lieutenants wurden in der Linie 250, in der Landwehr 549 befördert, verabschiedet wurden 140 Sekonde-Lieutenants der Linie und 232 der Landwehr. Zu Premier-Lieutenants befördert: in der Linie 144, in der Landwehr 79. Verabschiedet in der Linie 28, in der Landwehr 129. Zu Hauptleuten befördert in der Linie 128, in der Landwehr 42. Verabschiedet in der Linie 58, in der Landwehr 66. Zu Majors befördert: in der Linie 66, in der Landwehr 1. Verabschiedet in der Linie 51, in der Landwehr 12. Zu Oberst-Lieutenants befördert in der Linie 19. Verabschiedet in der Linie 2, in der Landwehr 5. Ferner in der Linie zu Obersten befördert 67, verabschiedet 13. Zu General-Majors befördert 17, verabschiedet 6. Zu General-Lieutenants befördert 9, verabschiedet 6. In demselben Zeitraum sind außerdem von der Landwehr zur Linie übergetreten: Bei der Infanterie 19 Sekonde-Lieutenants, 1 Premier-Lieutenant und 1 Hauptmann; bei der Kavallerie 5 Sekonde-Lieutenants und bei der Artillerie, so wie bei den Ingenieuren 1 Sekonde-Lieutenant. Von verabschiedeten Offizieren wurden wieder angestellt: 1 General-Lieutenant und 1 Premier-Lieutenant der Kavallerie, so wie ein Major der Infanterie als Platz-Major; bei den neu organisirten Invaliden-Kompagnien 1 Sekonde-Lieutenant und 2 Premier-Lieutenants der Infanterie, 1 Premier-Lieutenant der Artillerie und 1 Rittmeister der Kavallerie; bei der Landwehr aber 18 Sekonde-Lieutenants, 3 Premier-Lieutenants, 3 Hauptleute, 13 Majors und 3 Oberst-Lieutenants der Infanterie, 9 Sekonde-Lieutenants, 3 Premier-Lieutenants und 2 Rittmeister der Kavallerie, so wie 1 Sekonde-Lieutenant der Artillerie.

Das Füsilier-Bataillon des 8ten Infanterie-Regiments wird am 24. Februar von hier nach Charlottenburg abziehen, um welche Zeit das königliche Postlager wieder dahin verlegt werden soll.

Das Ministerium des Innern hat vorläufig eine Vermehrung der Landgendarmarie um 90 Mann angeordnet, wahrscheinlich dürfte jedoch schon im nächsten Jahre eine weitere eintreten.

[Das Ministerium des Aeußern.] Die politischen Verhältnisse des Jahres 1850, insbesondere die Verhandlungen über die deutschen Angelegenheiten, haben auch auf die Ausgaben des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten ihren Einfluß geäußert. An Postgeldern und Chiffetten-Kosten ist für die in Folge der politischen Verhältnisse vermehrte gesandtschaftliche Korrespondenz die Mehrausgabe von 1533 Thlr. 27 Sgr. entstanden; dem Hof-Postamt ist für auswärtiges Porto der gesandtschaftlichen Korrespondenz überhaupt 4923 Thlr. 11 Sgr., für abgehende Depeschen 610 Thlr. 16 Sgr. bezahlt. Dasselbe gilt in Betreff der Courier- und Reisekosten, welche um die Summe von 11,597 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf. überschritten wurden, da auch hier die politischen Ereignisse zu vermehrten Couriersendungen, so wie zu außerordentlichen Sendungen höherer Offiziere Anlaß gegeben haben. — Die neue Organisation der Konsulate in den Donaufürstenthümern, so wie die Errichtung des General-Konsulats für Spanien und Portugal, haben eine Mehrausgabe von 6800 Thlr. 28 Sgr. 4 Pf. herbeigeführt. Die bedeutendste Ueberschreitung des Etats kommt bei dem Titel Kommissions-Kosten vor, und beträgt 69,286 Thlr. 10 Sgr. 2 Pf.; sie ist vornehmlich durch Errichtung der Bundes-Central-Kommission, so wie überhaupt durch die Verhandlungen in der deutschen Angelegenheit veranlaßt. Die diesseitige Besichtigung der Bundes-Central-Kommission, deren Wirksamkeit am 5. Juni 1851 auf die Bundes-Versammlung übergegangen ist, hat für das Jahr 1850 einen Kostenaufwand von 54,889 Thlr. 10 Sgr. 9 Pf. erforderlich gemacht, während die Kosten, welche der Verwaltungsrath und das Fürsten-Kollegium verursacht hat, sich auf 14,401 Thlr. 11 Sgr. 10 Pf. belaufen. Außerdem haben auch die Marine, so wie die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu außerordentlichen Kommissions-Kosten Anlaß gegeben. Rechnet man hierzu an unvorhergesehenen Ausgaben an Einrichtungskosten bei neuen Anstellungen von gesandtschaftlichen und Konsular-Beamten die vorausgehende Summe von 10,500 Thlr., so ergibt sich für das Jahr 1850 eine Ueberschreitung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten im Betrage von 95,788 Thlr., welchem eine Ersparniß an anderen Posten von 1734 Thlr. 13 Sgr. 5 Pf. gegenüber steht.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Januar. [Die Flottenfrage.] Die frankfurter Correspondenz der Pr. Ztg. theilt einige weitere Abstimmungen in der Flottenfrage mit, die natürlich alle weiter nichts sind, als Variationen über das Thema, man wolle nichts zahlen, aber doch einen Beitrag zur Charakterisirung der einzelnen Regierungen liefern. Unter denjenigen Staaten, welche sich zwar gegen die beantragte Kontingentsflotte, jedoch nicht gegen eine deutsche Flotte überhaupt ausgesprochen haben, nimmt Baiern die erste Stelle ein. Dasselbe kann sich nicht verbergen, daß, wenn zur Gründung der Nordseeflotte keine entsprechenderen Vorschläge gemacht werden, es sich zu seinem Bedauern durch die gegen das eigene Land ihm obliegenden Pflichten genöthigt sieht, jede Theilnahme an der Ausführung des Planes abzulehnen. Baiern hat sich daher nicht in der Lage befunden, eine bestimmte Erklärung über die Ausschufsanträge für jetzt abzugeben. Als Hauptgründe hierfür werden angeführt, daß ein befriedigendes Gutachten der Sachverständigen nicht vorliege; sodann, daß inzwischen Ereignisse eingetreten seien, welche alle Zoll- und Handelsverhältnisse Deutschlands einer wesentlichen Umgestaltung entgegenführen müßten. — Uebrigens hat, wie eine andere Correspondenz der Pr. Ztg. mittheilt, jetzt Preußen die unverweilte Auflösung der deutschen Flotte verlangt, nachdem seine Forderung, die Flotte als Bundeseigenthum anzuerkennen, an der Weigerung derjenigen, die wie Oesterreich, Baiern, Sachsen und Kurhessen in diesem Falle ihre Matrikularbeiträge nachzahlen hatten, gescheitert ist.

[Verschiedenes.] Der französische Gesandte am Bundestag, Marquis v. Tallenay, hat mit der Notifikation des Resultats der Abstimmung zugleich der Bundesversammlung ein Schreiben überreicht, welches die friedfertigen Gesinnungen Louis Napoleon's dem deutschen Bunde gegenüber ausdrückt. — Die von Sir Edwards Namens der englischen Regierung übergebene Antwortnote in der Flüchtlingsfrage, welche am 24. d. M. der Bundesversammlung vorgelegt worden ist, giebt die Versicherung, daß die englische Regierung ungeschehene Handlungen der Flüchtlinge bestrafen werde; ausweisen jedoch könne sie dieselben nicht. — Auf die im vorigen Monate von hiesigen Mitgliedern des „Montagskränzchens“, denen die Betretung des großherzoglich badischen Staatsgebietes untersagt ist, an das dortige Ministerium gerichtete Eingabe wegen Zurücknahme des betreffenden Erlasses ist, wie man hört, eine abschlägige Antwort erfolgt. Der von hier ausgewiesene Dr. Loewenthal hat ebenfalls auf seine Bittschrift an den Senat wegen Gestattung längerer Aufenthalts eine abschlägige Antwort erhalten. Gestern hat Dr. Germa in Mäurer, wegen dessen abermaliger Verhaftung neue Requisitionsschreiben bei der Polizei eingelaufen waren, unsere Stadt verlassen. (N. Preuß. Z.)

München, 27. Januar. [Schwäbische Wahlen.] In nachträglicher Diskussion zum Ausgaben-Budget bewilligte heute die 2. Kammer für den Straßenz-, Brücken- und Wasserbau die Summe von 2,325,717 Fl. 30 Kr., wonach das Regierungspostulat um 78,470 Fl. erhöht, und sodann für Landbauten die Summe von 616,665 Fl., wonach das Regierungspostulat um 55,535 Fl. gemindert wurde. — Am 24. Oktober sagte der Abgeordnete Reinhardt, daß im Kreise von Schwaben die Wahlen zum jetzigen Landtage unter Säbelherrschaft und dem Drucke der Bajonette

vorgenommen und den Wählern die Bojonette von der Soldateska mit dem Bemerkten auf die Brust gesetzt wurden: Wenn ihr einen Rothen wählt, so habt ihr die längste Zeit gelebt. Genanntem Abgeordneten wurde darauf von dem Vorsitzenden die Auflage gemacht, den Beweis dafür zu liefern. Diefem gemäß hat nun Herr Reinhart dem Präsidium der 2. Kammer die über die Landtagswahlen in Schwaben gesammelten Aktenstücke übergeben und zugleich durch den Druck veröffentlichen lassen. Daraus geht nicht nur hervor, daß Offiziere die Soldaten gegen die Wahlmänner aufgehetzt, wodurch gegen diese die rohesten Drohungen, als „das ist auch ein Rothe“ — „haut ihn in Stücke“ — „steht ihn nieder“ u. dgl. ausgestoßen, sondern die Soldaten wirklich über einige Wahlmänner herfielen und dieselben mit Säbelhieben und Stichen körperlich mißhandelten. Ein Wahlmann, welcher Bierbrauer und Gastwirth ist und bei dem ein Oberst nebst seinem Adjutanten, sowie mehrere Unteroffiziere und Soldaten einquartiert waren, mußte auf Befehl eines Offiziers in einem Kreise von 30 — 40 Soldaten mit gezuckten Seitengewehren niederknien, dem König wegen seines politischen Verhaltens Abbitte leisten und schwören, in seinem Leben sich nie mehr mit Politik zu beschäftigen. Die Drohungen zur Leistung dieses Eides wurden mit auf die Brust gesetzten Säbeln unterstützt, so daß sich der Geängstigte in augenscheinlicher Todesgefahr befand. Dieses und noch mehreres geschah fünf Tage vor der Wahl. Es wird nun, wie ich höre, vorerst ein Antrag an die Kammer gebracht, daß beschlossen werden soll, das Staatsministerium der Justiz zur Einleitung einer Untersuchung anzufragen, in wie fern sich die von Herrn Reinhart ausführlich erzählten und der Kammer überreichten Thatsachen bestätigen. Ist letzteres der Fall — woran man nicht zweifelt — so sind die Folgen unabsehbar; denn nicht nur kann sodann die Gültigkeit der Wahl jener Abgeordneten, welche in Schwaben gewählt wurden, sondern selbst die bisher zu Stande gebrachten Gesetze angefochten werden. Man wird übrigens „zarte Rücksichten“ vorwalten lassen und die Sache nicht so weit treiben.

Stuttgart, 26. Januar. Die Abgeordnetenkammer hat heute den Entwurf über das Bettler- und Vagabundengesetz zu Ende beraten. Wie tief dasselbe in die öffentlichen Verhältnisse eingreift, und der Willkühr den freiesten Spielraum eröffnet, wird aus einigen Bestimmungen hervorgehen, welche die Kammer angenommen hat. **Wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang hingiebt, übermäßigen Aufwand macht oder eine notorisch unordentliche Haushaltung führt, soll nach den Strafbestimmungen für einfache Bettelei bestraft werden.** Das Namensverzeichnis solcher Bestraften wird im Rathhause öffentlich angeschlagen und den Wirthsen mitgetheilt. Diese, so wie Kaufleute und Zuckerbäcker, verlieren die Berechtigung zum Gewerbebetrieb zugleich mit der dritten Bestrafung und Verwarnung, welche sie sich durch Verkauf von Gegenständen an Personen jenes Registers zugezogen. Arme, welche für sich oder ihre Familie öffentliche Unterstützungen genießen, können mit ihren Angehörigen gezwungen werden, gegen entsprechenden Lohn eine ihnen von der Obrigkeit aufgetragene Arbeit zu verrichten. Wer sich muthwillig in die Lage versetzt, öffentliche Unterstützung ansprechen zu müssen, zum Beispiel durch Zerreißen der Kleider; wer erhaltene Unterstützungen mißbraucht u. s. w., wird mit Arrest bis zu vier Wochen, im Rückfalle bis zu drei Monaten bestraft. Von diesem Geiste ist der ganze Entwurf diktiert. (N. 3.)

Weimar, 27. Jan. [Das Staatsministerium] beantwortete in der heutigen Sitzung des Landtags eine gestern eingebrachte Interpellation, ob es bei den jetzt bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des Zollvereins nicht möglich sei, auf die Beseitigung des Präcipuums hinzuwirken, welches zur Ausgleichung der Branntweinkonsumtion auf Höhe von circa 18,000 Thlr. dem Zollverein bewilligt sei. Die Regierung hat aus dem Ergebnis der Ermittlungen, welche hierüber angestellt worden, die Ueberzeugung gewonnen, daß ein Grund zur Fortdauer dieses Präcipuums nicht vorliege, und werde diese Ansicht bei den bevorstehenden Zollvereinskonferenzen zur Geltung zu bringen suchen. — Eine andere Interpellation, wegen Auflösung des 3. Bataillons, verneinte der Minister; die großherzogliche Staatsregierung werde jedoch nach Herstellung der „freieren Bundes-Kriegsverfassung“ die weiter erforderlichen Maßregeln ergreifen. (N. 3tg.)

Hannover, 28. Januar. [Die Vertagung der Kammern] wird wahrscheinlich schon morgen stattfinden. Es heißt allgemein, daß dieselben erst im März oder April wieder zusammenberufen werden sollen. Als Grund dafür giebt die W. 3tg. an, daß der Finanzminister nicht mit seinem Budget und der Minister des Innern nicht mit seinen Organisationsvorschlägen fertig sei.

[Die erste Kammer] nahm heute, den mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag wegen Schutz des literarischen Eigenthums wiederholt an. In der zweiten Kammer Fam der Antrag Freudentheils zur Verhandlung: „Stände ersuchen die Regierung, dieselbe wolle den vertriebenen Schleswig-Holsteinern den Eintritt in das Königreich, und falls sie darum nachsuchen, die Ertheilung des Staats- und Gemeinbürgerrechts nicht erschweren.“ Der Antragsteller motivirt den Antrag mit einem Hinblick auf die traurigen Verhältnisse der Herzogthümer und die durch den Antrag erreichte werden soll. Ein anderer Redner findet schon einen praktischen Nutzen, wenn Ausweisungen verhindert werden. Der Antrag wird angenommen. Hierauf erhebt sich der Abgeordnete Weinhausen, um seinen Antrag in einer ausführlichen und glänzenden Rede zu begründen. Der Antrag geht dahin: Stände wollen beschließen, ihren Beschluß vom 19. Dez. v. J. in der Organisationsangelegenheit zu wiederholen und der Regierung zu erklären, daß sie der Erledigung dieser wichtigen Angelegenheit noch vor dem Schlusse der gegenwärtigen außerordentlichen Diät entgegensehen. Der Redner urtheilt hauptsächlich, daß allgemein der Finanzminister und der Minister des Innern als Hindernisse angesehen würden, welche der Ausführung der Organisationen entgegenständen. Am Schlusse spricht er von der Vertagung der Minister durch die Ritterschaften, was eine Zwischenzene mit dem Minister v. d. Decken herbeiführt. Der Präsident erklärt dem Letzteren, er werde die Ordnung erhalten. Minister Windthorst kam die Bemerkung nicht unterdrücken, daß im Lande Hannover noch die Redefreiheit sehr groß sei. Der Antragsteller erklärt: daß das Verlangen nach Ausführung der Organisationsgesetze im Lande allseitig sei, davon könnten die Stände hier Zeugniß ablegen, und er wolle seinen Antrag zurückziehen, wenn das Haus durch Erhöhung von den Eigenen dies zu erkennen gebe. Fast sämtliche Mitglieder der Kammer erheben sich hierauf von ihren Sitzen. (Hann. Bl.)

Dänemark.

Kopenhagen, 26. Januar. Sicherem Vernehmen nach wird das neue Ministerium nicht offiziell angekündigt werden, bevor nicht die dritte Berathung der Finanzgesetze im Folkething beschlossen ist, die bereits heute ihren Anfang genommen hat und wahrscheinlich ein paar Tage dauern wird. Wie nicht anders zu erwarten war, stellte Grundtvig den Antrag, die Beratungen einzustellen, bis das neue „vielleicht verrätherische“ Ministerium gebildet sei. Ein unheimliches, mehrere Minuten andauerndes Schweigen folgte dem Vortrag dieses unermülichen Gegners der Regierung, bis Monrad der Abstimmung über diese Tagesordnung alle politische Bedeutung absprach. Er wagte nämlich nicht für dieselbe zu stimmen und wollte ihrer Verwerfung die Bedeutung eines indirekten Vertrauensvotums für das neue Ministeriums zum Voraus nehmen. Die Tagesordnung Grundtvigs ward dann mit 39 gegen 22 Stimmen verworfen. Wahrscheinlich wird die Auflösung des Reichstages der definitiven Bildung des Ministeriums auf dem Fuß folgen, wenngleich noch viele bedeutende Gesetzentwürfe zurückstehen. Bei der am Sonntage auf Schloß Christiansborg abgehaltenen großen Reichstagsstafel hatte der König seinen Platz zwischen den Präsidenten der beiden Things; diesen zur Seite saßen der Erbprinz Ferdinand und der Prinz von Glücksburg. Major Andra brachte das Hoch des Königs aus mit Bezugnahme auf die von demselben gegebene „Verfassung“ und die von ihm an den Tag gelegte „Liebe zum Volk“. Der König erwiderte: „Ich danke ihnen aufs Beste, Aufrichtigste und Herzlichste. Ich habe diese braven Männer berufen, mit mir die Gesetzgebung und die Regierung wahrzunehmen; ich habe mein treues Volk berufen, sie zu wählen; darin habe ich meine Liebe zum Volk gezeigt.“ (S. N.)

Oesterreich.

Wien, 28. Januar. [Minister Krauß. — Verwandlung des „Sperl“ in eine Kaserne.] Das Demissionsgesuch des Justizministers Krauß soll von Sr. Majestät dem Kaiser unter der Bedingung angenommen worden sein, daß derselbe insoweit auf seinem Posten zu verbleiben habe, bis dessen Nachfolger ernannt sein werde. Dies dürfte indes nicht allzu rasch erfolgen, weil die Umgestaltung der Justizorganisation geraume Zeit erfordern dürfte, wobei die tüchtigen Fachkenntnisse des genannten Staatsmannes füglich nicht entbehrt werden können; von gewisser Seite wird der greise Präsident des obersten Gerichtshofes, Graf Laaffe, als Nachfolger des Herrn v. Krauß empfohlen, doch will man andererseits einen jugendlich kräftigen Juristen ans Ruder bringen, weil denn doch in dieser Hinsicht noch eine große Aufgabe zu lösen sein wird. Als Ursache der Demission des Herrn v. Krauß bezeichnet man seinen Unwillen über die Art und Weise, wie nämlich die Vereinigung von Justiz und Verwaltung in den untersten Instanzen bewirkt werden soll. — Die Abreise des Grafen Rechberg auf seinen neuen diplomatischen Posten bei der Pforte soll im Monat Mai stattfinden, indem man hofft, bis dahin die durch die Loslassung der internirten Magyaren gestörten internationalen Verhältnisse wieder ins Geleise gebracht zu haben. Die Pforte ist in der letzteren Zeit augenscheinlich bemüht, ein besseres Einvernehmen mit Rußland und Oesterreich anzubahnen, wozu ohne Zweifel der Sturz des Lord Palmerstons gar mächtig beigetragen hat. — Die weltberühmten Frohsinnshallen des Sperl in der Leopoldstadt werden bald ihrer bisherigen Bestimmung entzogen werden, um eine Einquartierungskaserne für durchmarschirendes Militär zu sein. Herr Scherzer, der Eigenthümer der genannten Lokalitäten, die der Schauplatz zahlloser Liebesintrigen gewesen, hat dem Gemeinderath den Antrag gestellt, die Umgestaltung seiner Ballsäle in eine Gemeindekaserne zu veranlassen, wofür ihm derselbe eine jährliche Einquartierung von 200,000 Mann zu garantiren geneigt sein sollte.

N. B. Wien, 29. Januar. [Veränderung in der Stellung der Ministerien.] Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die selbstständige Stellung, welche einige Ministerien in ihrem Ressort bis jetzt eingenommen hatten, sowohl mit Hinsicht auf das kaiserliche Kabinettschreiben vom 30. August v. J., wodurch die möglichste Vereinfachung und Ersparung im Staatshaushalte anbefohlen wurde, als vorzüglich aus administrativen Gründen wesentlichen Modifikationen unterzogen werden. Wenn diese Meinung einerseits rücksichtlich des Justizministeriums durch das unlängst als bevorstehend gemeldete Ausscheiden des Justizministers an Konsistenz gewonnen hat, so vernimmt man andererseits, daß die Anträge, welche der Finanz- und Handelsminister Ritter v. Baumgarten in Ansehung der gleichzeitigen Führung beider Ministerien dem Kaiser zu erstatten hat, und welche bereits dem Reichsrath zur Berathung vorliegen, gleichfalls im Wesentlichen dahin gerichtet sind, daß das Handelsministerium künftighin nicht mehr als selbstständig fortzubestehen habe.

Frankreich.

Paris, 23. Jan. [Das angebliche orleanistische Komplott.] Meine gestrige Nachricht von einem orleanistischen Komplott (?) wird mir heute bestätigt, und es scheint sogar, daß die darüber erlangte Gewißheit nicht ohne Einfluß auf die endliche Publikation des Konfiskations-Dekrets gewesen ist, die noch dieser Tage mehrfach und namentlich auch in der Indépendance belge in Zweifel gestellt wurde. Chagnarnier (?) soll wirklich nach Paris gekommen und auch der ehemalige Polizeipräsident Caulier, sowie die Präfekten mehrerer Departements, die sich ebenfalls unter verschiedenen Vorwänden hier eingefunden hatten, kompromittirt sein, daher von der demnächstigen Verbannung des ersteren und Cassation der letzteren die Rede ist. (N. 3.)

Paris, 27. Januar. [Tagesbericht.] Unter den neuernannten Staatsrathen befindet sich kein einziger Legitimist, Beweis genug, daß Louis Napoleon einsieht, daß er unter dieser Partei keine Genossen findet.

Wie verlautet hätte Persigny die Absicht, der Presse in materieller Beziehung einige Erleichterungen zu Theil werden zu lassen. Bekanntlich muß für das Feuilletton ein besonderer Stempel gezahlt werden, wenn dasselbe einen fortlaufenden Roman darstellt. Da die Journale in politischer Beziehung todt sind, so werden sie fortan sich mehr auf das Feuilletton werfen. Man versichert ebenfalls, daß Louis Napoleon den hiesigen Theatern wesentliche Vortheile zuwenden wolle, unter andern soll die Armenabgabe um die Hälfte gemindert werden.

Man spricht von einer neuen Expedition in Algerien, welche der Kriegsminister St. Arnaud befehligen soll. In seiner Abwesenheit soll General d'Hautpoul interimistisch das Ministerium führen. Man will dem jetzigen Kriegsminister eine Gelegenheit bieten, sich auszuzeichnen, damit er als Lohn für seine Mithilfe beim Staatsstreiche bald den Marschallstab sich verdiene.

In unterrichteten Kreisen heißt es, daß Herr Vieillard die Veranlassung zu der gestrigen Erklärung im Moniteur geboten, welche bekanntlich die zirkulirenden beunru-

higenden Gerüchte zu beschwichtigen sucht. Er ist vertrauter Freund des Präsidenten und soll denselben unumwunden von dem schlechten Eindruck unterrichtet haben, welchen das Orleansdekret hervorgerufen. Einem Gerücht zufolge wollte Michel Chevalier die Staatsrathsstelle ausschlagen. Nach andern aber wünscht er gar Minister der öffentlichen Arbeiten zu werden.

Das „Pans“ berichtet, gelegentlich des Dekrets auf Wiederherstellung der Adelstitel eine Anekdote, für deren Wahrscheinlichkeit nicht einzustehen ist, und welche sich über den Ursprung des Dekrets der provisorischen Regierung ausläßt, das die Adelstitel abschaffte. Es erzählt nämlich, daß Herr Flocon es gewesen, der dazumal den Antrag dazu stellte. Einige seiner Kollegen vom provisorischen Gouvernement lachten darüber, während Andere ernstlich dagegen protestirten. Herr Lamartine hätte unter andern die Bemerkung fallen lassen, daß die Frage ihn persönlich angehe und habe darauf bestanden, daß man ebensowenig den Namen als den Bürgern die Köpfe abschlagen dürfte. Flocon war fast der Einzige, der sich dafür erklärte und fiel mit seinem Gesetzentwurf durch, der beim Auseinandergehen der Regierungsmitglieder auf dem Tische liegen blieb. Durch einen wohl nicht unabsichtlichen Irrthum wurde der Entwurf in den „Moniteur“ gesandt, der ihn auch abdrucken ließ. Obwohl die Mitglieder des Gouvernements sich über den Mißgriff ärgerten, ließ man die Sache gehen, und das Dekret blieb in Kraft.

Von Toulon schreibt man, daß das Uebungsgeschwader im Mittelmeer den 21. unter Segel gegangen, um in der Nähe Uebungen anzustellen. Es wird übrigens bald wieder zurück erwartet.

Großbritannien.

London, 27. Januar. [Das Ministerium. — Zum Strike. — Graf Jarnac.] Gobe antwortet dem Angriff des Morning Chronicle auf das Cabinet Russell mit der sanguinischen Versicherung, daß das Ministerium immer noch auf festem Fuße stehe als die gegnerische Kombination der Tories oder der Peeliten. Um zu zeigen, was der eine Flügel der Opposition vom andern hält, citirt Gobe die Erklärung des torystischen Herald; vor allen Dingen darf das Land nie vergessen, daß den Peeliten nie und nimmer zu trauen ist. Auf alle Schornsteine, Dampfschiffen, Segel, Dächer und Mauern sollte man mit Niesensbuchstaben schreiben: Trauet den Peeliten nicht!

Zum „Strike“ der Maschinenbau-Arbeiter. — Gestern kam das große, längst angekündigte Meeting, in der St. Martin's Hall, Longacre, zu Stande. Doch läßt sich über das Resultat nichts Positives sagen. Einige große und muthige Reden wurden gehalten, die Verleumdungen der Gesellschaft als einer Socialistenbande zurückgewiesen, und zwei Resolutionen gefaßt, die eigentlich nur wie fromme Wünsche klingen: 1) Ueberzeit- und Stillarbeit sind moralisch und physisch schädlich. 2) Alle Gewerke Englands sind bei dem Streit der Maschinenbauer mit ihren Herren interessirt, und sollten mit ersteren gemeine Sache machen. — Bemerkenswerth ist allerdings, daß die armen Seidenweber von Spitalfields Sympathien für die Gesellschaft ausgesprochen und ihr freiwillige Geldbeiträge angeboten haben.

Nach dem Meeting hielt der leitende Ausschuss der Gesellschaft eine Sitzung. Einzelne Beiträge vom Lande wurden angemeldet; dieselben machten aber zusammen keine 100 Pfd. St. aus.

Auf drei verschiedenen Punkten Irlands wird eifrig rekrutirt, und man glaubt, daß binnen einem Monat mit Leichtigkeit 10,000 Mann Kernvolk angeworben werden können. Frische Priester und Bauern rühmen sich oft ihres Sachsenhasses, aber der irische Soldat gehört zu den besten und zuverlässigsten der britischen Armee. Der gute Sold und die treffliche Kost söhnen den armen Paddy sehr schnell mit seinem „kegerischen Tyrannen“ aus.

Der Graf von Jarnac, in diplomatischen Kreisen als ein getreuer Anhänger des Hauses Orleans bekannt, berichtet in einer Zuschrift an die Morning Post, (datirt aus Mwaert's Hotel, London) die groben Irrthümer, welche man von vielen Seiten benützt, um die neulichen Confiskationsdekrete L. Napoleons zu beschönigen. — Seine Angaben sind: Die erbliche Apanage der Linie Orleans, bestehend aus den Forsten von Orleans, Billers-Cotterets, Concy, dem Palais Royal u. s. w., im Werth von 100,000 Pfd. St. jährlich, — sollte nach dem Befehl an die Krone fallen, sobald das Haupt der Familie auf den Thron kam. Dies geschah auch im Jahre 1830, und diese Besitzungen fielen auch als Krondomänen im Jahre 1848 an den Staat zurück. In diese Kategorie gehören aber nicht jene andern Güter, welche L. N. confiscirt hat. Diese letztern Domänen stammten nicht von der Krone, sondern waren das persönliche und Privatguthum der Orleans, ererbte von mütterlichen Ahnen, und von L. Philipp, nach dem Vorgang Karls X., vor der Thronbesteigung auf seine Kinder übertragen. Die Gültigkeit dieser Schenkungsakte wurde nie bestritten, vielmehr von allen konstitutionellen Behörden unter L. Philipp anerkannt und als Grund für die Reduktion der Civilliste geltend gemacht. Zuletzt verwarf ein gewiß unparteiisches Tribunal, nämlich die Nationalversammlung von 1848 Jules Favre's Antrag auf die Confiskation von L. Philippe's domaine privé, aus den in Hrn. Berper's (eines Gegners der Orleansisten) Rapport auseinandergesetzten Rechtsgründen. Die Einziehung bonaparte'scher Domänen 1815 ist keine Parallele, da die Bonapartes keine ererbten Besitzungen in Frankreich hatten. Was die Beschlagnahme von Charles X. Privatvermögen betrifft, so wurde dieselbe 1832 durch die Kammern votirt, aber von Louis Philipp nicht ausgeführt. Zum Beweise sind die Nachkommen der ältern Linie noch jetzt im Besitz ihrer Güter in Frankreich.

Der Graf v. Jarnac wendet sich mit dieser Widerlegung der officiellen „Unrichtigkeiten“ des Moniteur absichtlich, wie er sagt, an die Morning Post, weil diese das „einzige englische Journal ist, welches geneigt scheint, den beispiellosen Raub“ zu vertheidigen. Morning Post bemerkt dazu, daß sie die „Confiskationsdekrete bisher weder vertheidigt noch beschönigt habe.“ Jeder Leser der Post weiß indeß, daß sie es gestern gethan hat.

Times führt die Angaben Hrn. de Jarnac's in einem Leitartikel gründlich aus und beleuchtet zugleich das Sophisma Derjenigen, die den atlegitimistischen Grundsatz, daß alle Privatbesitzungen eines Thronerben bei der Thronbesteigung Krongut werden müssen, auf L. Philipp anwenden. L. Philipp war kein Erbprinz, sondern ein erwählter König, auch kein „König von Frankreich“, sondern ein „König der Franzosen.“ Der atlegitimistische Grundsatz beruhte auch auf der Voraussetzung, daß die Wiederabsetzung oder Vertreibung eines Königs nicht zu den Alltags-Möglichkeiten gehöre. Sonst wäre er ein Unsinn gewesen.

Russland.

+++ Von der polnischen Grenze, 29. Jan. [Russisches Militär.] In diesen Tagen sind die in der Gegend bei Szeszochau unmittelbar an der Grenze belegenen Ortschaften, in denen sich gegenwärtig kein Linien-Militär vorfindet, von russischer Infanterie bezogen worden. Es wird von der Dislocirung eines ganzen Armeekorps in dieser Art erzählt.

Provinzial-Beitrag.

§ Breslau, 30. Januar. [Von der Universität.] In der philosophischen Fakultät hat sich neuerdings Herr Dr. C. A. Cornelius als Privatdozent der Geschichte habilitirt, nachdem er seine in deutscher Sprache abgefaßte Dissertationsschrift: „Der Antheil Ostpreussens an der Reformation bis zum Jahre 1535“ am 17. d. M. öffentlich vertheidigt hatte.

Vor einer sehr zahlreichen Zuhörerschaft hielt Herr Dr. Cornelius gestern Mittag seine Habilitations-Vorlesung über die Epochen der Geschichte des Abendlandes. In der Einleitung bemerkte er, daß er zunächst seinen Standpunkt darlegen wolle, damit man ihn rubriziren könne. Es gebe eine christliche und unchristliche, eine katholische und protestantische Geschichte, sowie über diese hinaus eine wahre, vor dessen Auge, dem nichts dunkel.

Nach seiner Ansicht zerfällt die Geschichte in die vor und die nach Christus. Träger der letzteren ist das Abendland. Hier treten im Fortgange drei Typen auf: 1) die Gesamtheit des Abendlandes wendet sich dem Christenthum zu, um die Zeit Gregor VII.; 2) das Abendland spaltet sich durch die Reformation; 3) es verläßt der Negation unbedingte Erisenz; in Folge der Revolution.

Es frage sich nun: Welcher große Zusammenhang der Dinge hat zur Reformation geführt? Wie ist man von der Reformation zur Revolution gelangt?

Bis weit in die dritte Periode ist die Kirchengeschichte das Wesentliche der Geschichte überhaupt, der Doppelzweck der Kirche: Entfaltung des Dogma und Formung des Lebens diesem gemäß. Mit dem Uebergehen auf die neuen, in die Geschichtswelt tretenden Völker macht die Bildung des Dogma der Bildung der Völker, deren Erziehungsanstalt die Kirche wird, und somit der Verfassung Maß. Hier schon tritt Opposition in der Kirche auf, aber gesetzliche zwischen Concilien und Päpsten.

Anberührt sinkt sich die Opposition aus den hellen Sphären des wissenschaftlichen Kampfes in die mystischen, in die dunklen Tiefen des Gemüths, hier den Zunder häufend, in den zu rechter Zeit das zündende Wort des Abends fiel.

Die Opposition ward eine ungesetliche, die Reformation, zuerst in dogmatischen Schranken, nahm bald Beziehung auf den Staat. Es wurde der christliche Staat nach Maßgabe des augenblicklichen Verstandes konstruirt. Diese Konstruktionen fielen. Die Philosophie des 17ten Jahrhunderts stritt gegen sie und den alten Staat und begab sich nun, um den bestehenden Staat zu retten, vom Boden der heiligen Schrift auf den der abstrakten Vernunft, ohne hieraus die Konsequenzen zu ziehen, was dann erst geschah, als kein Interesse mehr an dem Bestehenden waltete.

Die Denker des 18. Jahrhunderts beschränkten sich auf die Logik der sich selbst bestimmenden Vernunft. Im mächtigsten Staate des Abendlandes, der nach abstrakten Prinzipien umgebaut worden, war der Sieg der Revolution, der Negation aller Grundlagen und Bestimmungen des abendländischen Daseins vollzogen; darüber hinaus öffnet sich die Pforten eines neuen Daseins.

Dem Vernehmen nach tritt Herr Dr. Cornelius bei uns an die Stelle des früheren außerordentlichen Prof. Hrn. Dr. Kuzen, welcher bis zum Jahre 1849 denselben Lehrstuhl bekleidete.

Breslau, 30. Jan. [Polizeiliche Nachrichten.] In der Nacht zum 29. d. wurde Neue Schweidnitzerstraße Nr. 6 beim Ausräumen der Koake ein dem Anscheine nach vollständig ausgeatmetes todtes Kind weiblichen Geschlechts in einem Korbe liegend vorgefunden. Der Körper war bereits in Fäulnis übergegangen und schien von Ratten angegriffen zu sein. Der Verdacht gegen eine bestimmte Person hat sich bis jetzt noch nicht herausgestellt.

Am 27. d. fiel es dem Buchhalter einer chemischen Zündwaarenfabrik auf, daß beim Nachhausegehen der Arbeiter einer hiesigen Schiffersfrau, welche seit drei Jahren in jener Fabrik beschäftigt ist, das Fortbewegen sehr schwer fiel, und deren Kopf eine ungewöhnlich dicke Watte umgab. Auf seine Frage erwiderte die Frau, daß sie kranke Füße habe; eine nähere Recherche ergab indeß, daß nicht Lehteres allein, sondern 52 Bund Zündhölzer (Dunkelhölzer), welche sie aus der Fabrik entwendet und im Hof verborgen hatte, das Gehen unbecquem machten. Hinterher stellte sich heraus, daß jene Frau schon seit längerer Zeit auf dieselbe Weise Zündhölzer und Zündschläschen entwendet und damit durch den Sohn ihrer Schwester einen förmlichen Hausirhandel hatte treiben lassen.

△ Liegnitz, 29. Jan. [Der Vorstand der Breslauer Vorstadtschule. — Der hiesige technische Verein und die breslauer Industrie-Ausstellung. — Wahlresultat.] In Nr. 8 des hiesigen Stadtblattes vom 27. Januar d. J. vermahnt sich der Vorstand der Breslauer Vorstadtschule gegen unsere in Nr. 22 der Breslauer Zeitung gemachte Mittheilung, daß die Centralisirung der hiesigen evangelischen Stadt- und Vorstadtschulen auf mancherlei Hindernisse zu stoßen die Aussicht habe und die Vorstädte jetzt schon anfangen, unter Aufstellung mancherlei Gründe gegen diesen Centralisations-Plan zu agiren. Der Vorstand der Breslauer Vorstadtschule stellt im Namen der gesammten Schulgemeinde die Versicherung auf, daß er nichts sehnlicher wünsche, als der in Anregung gebrachte Centralisationsplan möge recht bald in Ausführung gebracht werden. — Der hiesige technische Verein, welcher von dem breslauer Gewerbeverein aufgefordert wurde, sich an der im Mai d. J. stattfindenden Industrie-Ausstellung zu betheiligen, hat jetzt, nachdem ihm die königliche Regierung hieselbst die genannte Ausstellung warm empfohlen hat, nachstehende Beschlüsse gefaßt: 1) Alle Industrielle hier, in Jauer, Goldberg, Haynau und Lüben, sowie in den betreffenden Kreisen zu einer lebhaften Betheiligung an der Ausstellung in Breslau aufzufordern; 2) dieselben zu bitten, die Anmeldung der auszustellenden Industrie-Erzeugnisse auch an ihn bis zum 15. April d. gelangen zu lassen; und 3) der Anmeldung die Erklärung beizufügen, ob mit dem hiesigen technischen Verein gewünscht werde, die auszustellenden Gegenstände in eine hieort in der Zeit vom 1. bis 8. Mai d. beabsichtigte Vorausstellung zu bringen. Dies letztere würde sich um so leichter bewerkstelligen lassen, da die auswärtigen Industriellen ohnedies den Transport ihrer Objekte über Liegnitz zu bewirken haben. Sollte sich für diese Idee eine lebhaftere Betheiligung kund geben, dann wird der technische Verein hieselbst auf seine Kosten ein Ausstellungs-Lokal beschaffen, und sollen die hier eingehenden Summen zum Besten der Aussteller als Zuschüsse auf Transportkosten verwendet werden. — Dherachtet anfangs bei der Gemeinderathswahl für die 3. Abtheilung sich eine bedeutende Stimmenzersplitterung kund gab, so hat später dennoch ein solches Zusammenhalten stattgefunden, daß von den 12 von der konservativen Partei aufgestellten Kandidaten 8 die absolute Majorität erhalten haben. Es sind dies: Kaufmann Schwarz, Goldarbeiter Frey, Kaufmann Mohrenberg, Apotheker Schreiber, Lehrer Sust (Inhaber einer Privat-Mädchen-Anstalt), Justizrath Puge, Partikulier Haase und Kaufmann Raymond. Für diese Abtheilung dürften also bloß 4 Nachwahlen stattfinden. (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zu No. 31 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 31. Januar 1852.

(Fortsetzung.)

den. Künftigen Montag und Dienstag findet die Wahl von Seiten der zweiten Abtheilung statt.

*** Meisse, 28. Jan.** [Der Veteranen-Verein. — Die Breslauer Industrie-Ausstellung.] An der gestern stattgefundenen solennen Beerdigung eines Kriegers, welcher die Feldzüge gegen Napoleon bei der Artillerie mitgemacht hatte, nahm der Veteranenverein, dessen Mitglieder bei Begräbnissen von Kameraden sämmtlich mit schwarz-weißen Fahnen ausgestattet, dem Trauerzuge voranschreiten, Antheil und ist auch bei dergleichen feierlichen Bestattungen von Mitgliedern des Veteranenvereins die Regimentsmusik mitwirkend. — Unser Magistrat veröffentlicht hier das Programm über die im Mai d. J. in Breslau beginnende Ausstellung schlesischer Industrie-Erzeugnisse, so wie die Einladung des Direktoriums des Breslauer Gewerbevereins zur Zeichnung von Vorschuss-Anleihscheinen, indem er dieses gemeinnützige Unternehmen der Bewohner der Stadt und des Kreises angelegentlich empfiehlt und zu Anmeldungen, welche im Sekretariat bis Ende März entgegengenommen werden, auffordert; gleichzeitig wird dem dabei interessirten Publikum eröffnet, daß eine Liste zur Einzeichnung für Erlangung von oben erwähnten Anleihscheinen im Magistratslokal bereit liegt. Bei dem Aufschwunge, den Gewerbe und Industrie in Ansehung der Leistungen in neueren Zeiten auch hier gewonnen haben, wird eine lebhaftere Betheiligung der Bewohner von Meisse bei der Breslauer Ausstellung nicht ausbleiben; jedoch erscheint es uns zweckmäßig, wenn, abgesehen von der bereitwilligsten Anempfehlung von Seiten unseres Magistrats, sich ein Komitee von Industriellen bildet, welches direkt mit dem Direktorium des Breslauer Gewerbevereins für den in Rede stehenden Zweck in Verbindung träte, da die Thätigkeit des Magistrats ohnehin schon für laufende Geschäfte und jetzt zumal durch die Einleitungs- und Vorbereitungsarbeiten zur Konstituierung des Gemeinderathes voll auf Anspruch genommen ist. Vielleicht dürfte es nicht ohne Erfolg sein, wenn die Bürgerressource, die ja schon rühmlicher Weise das Bürger-Rettungsinstitut gründete, die Sache in die Hand nähme.

Glatz, 29. Januar. [Berichtigung.] In Nr. 26 der Breslauer Zeitung steht folgender Bericht aus Glatz:

„Vor längerer Zeit geschah in Ihrem Blatte Erwähnung von der durch den Vincenzverein gegründeten Anstalt für verwahrloste Kinder, auf die zurückzukommen uns nachstehender Vorfall Veranlassung giebt. Eine arme Wittve katholischer Konfession ersuchte den derzeitigen Vorstand um Aufnahme ihrer evangelischen Tochter in bezeichnete Anstalt und erhielt auch eine vorläufige Zusage. Nach wahrscheinlich reiflicher Ueberlegung aber wurde ihr wiederholtes Gesuch zurückgewiesen, weil — das Kind evangelisch ist. Für die arme Frau war diese Abweisung doppelt hart, da sie mit Rücksicht auf ein erhaltenes Versprechen sich einen Dienst zu verschaffen gewußt hatte, den anzutreten sie nun verhindert war. Diefen wird ein derartiges Verfahren weder neu noch eigenthümlich erscheinen.“

Zur Widerlegung dieser falschen Angaben erklären die Unterzeichneten, daß die Sache sich folgendermaßen verhalten hat:

Wir beide, ich die verw. Kreisgerichts-Grefutor Buchs, und ich, der Vormund des Kindes, Schneidermeister Schädler, hatten die Aufnahme desselben in die Anstalt des hiesigen Vincenzvereins bei dem derzeitigen Vorstande nachgesehen und ich, die verw. Buchs, hatte zugleich erklärt, wie es mir darauf ankomme, das Kind nach meiner eigenen Konfession katholisch erziehen zu lassen. Ohne daß ich schon vorher ein bestimmtes Versprechen oder auch nur eine vorläufige Zusage erhalten, wurde mir von dem Vorstande des Vereins eröffnet, wie, abgesehen davon, daß in der Anstalt zur Zeit kein Raum zur Aufnahme noch mehrerer Kinder vorhanden und deshalb bereits ein anderes Kind zurückgewiesen worden sei, die Aufnahme auch schon aus dem Grunde zu beanstanden sein würde, weil eine Kollision mit dem Vormundschafts-Gerichte und für den Vincenzverein der Vorwurf der Proselytenmacherei zu befürchten sehe, wenn das Kind nicht in der Religion des Vaters oder doch unter bewandten Umständen in einer katholischen Anstalt erzogen würde. Dagegen wurde uns die Verwendung dafür zugesagt, daß die Verpflegungsgelder aus öffentlichen Mitteln gewährt werden, sobald wir, was uns anheimgegeben wurde, eine Verpflegerin für das Mädchen ausfindig gemacht haben würden. Dies haben wir gethan und ist sodann das Kind gegen Zusicherung eines monatlichen Verpflegungsgeldes von 2 Thlr. bei der von uns vorgeschlagenen Wittve Otto untergebracht worden. Ich, die verw. Buchs, bin aber solchergestalt im Stande gewesen, rechtzeitig in den gefundenen Dienst einzutreten.

Glatz, den 29. Januar 1852.

Anton Schädler, Schneidermeister.

Verw. Buchs.

Indem wir diese Erklärung hiermit als Erwiderung auf jenen Artikel der Breslauer Zeitung zu unserer Rechtfertigung veröffentlichen, fügen wir zu gleichem Zwecke noch die Bemerkung hinzu, daß bereits ein evangelisches Kind sich in unserer Erziehungs- und Verpflegungsanstalt befindet, welches zum regelmäßigen Besuch der evangelischen Schule und des evangelischen Gottesdienstes angehalten wird, daß unter den unterstützten Kindern unser monatlichen Registers und so viel danach vorläufig zu ermitteln gewesen, mehr als 20 Evangelische sich befinden und daß, wenn gleich der Vincenzverein ein katholischer kirchlicher Verein ist, dennoch statutenmäßig in Bezug auf die zu unterstützenden Personen kein Unterschied wegen des Bekenntnisses gemacht wird und gemacht werden darf. Im Uebrigen können wir uns einer weiten Auslassung über den in Rede stehenden Auffas enthalten. Dagegen fordern wir den Verfasser desselben hiermit auf, sich wegen seiner Verleumdungen eben so öffentlich zu rechtfertigen, als wir uns dagegen verantwortet haben und wir bitten, die beigebrachten Zeugnisse zu entkräften. Jedenfalls müssen wir aber den Verfasser verantwortlich dafür machen, daß er ohne alle Veranlassung einen konfessionellen Zwiespalt an einem Orte provoziert hat, dessen gemischte Bewohner seit Jahren in ungestörter konfessioneller Eintracht nebeneinander gelebt haben.

Glatz, den 29. Januar 1852.

Der Vorstand des Vincenzvereins.

[Notizen aus der Provinz.] * Hainau. Am 21. d. Mts. fand die Einführung des neuen Bürgermeisters (bisherigen Kämmerers) Hrn. Scholz durch den Reg.-Kommissar Landrath-Amtsverwesers Hrn. v. Rothkirch-Trach in öffentlicher

Sitzung des Gemeinderaths statt, worauf der Beigeordnete Hr. Kaufmann Glogner vereidigt wurde. Die Mitglieder des Gemeindevorstandes, die Herren: Seifensieder Reich, Goldarbeiter Sturm, Dr. Walter, Major v. Siegroth und Züchner Klee waren schon in der vorhergehenden Sitzung vereidigt worden. Mittags fand ein Festmahl statt, bei welchem alle Stände unserer Stadt vertreten waren.

* Guhrau. In unserem Kreise hat sich ein „mechanischer“ Doktor, eine Art von Herenmeister, umhergetrieben, welcher die Leute „aus den zwei verloren gegangenen Büchern Moses“ kuirte, und die Teufel austrieb. Er verrichtete diese Austreibungen und Kuren unter allerlei abenteuerlichen Manipulationen, im Ganzen aber war es nur darauf abgesehen, die abergläubischen Bauern zu betrügen und um ihr Geld zu bringen. Aus dem hiesigen ging der Wunder-Doktor und Zauberer in den wohlausere Kreis, woselbst er auch sein Wesen trieb.

— Kamieniez. Das hiesige Kreisblatt veröffentlicht das Programm für die schlesische Industrie-Ausstellung nebst den dazu gehörenden Schematen. Dann fordert das landrathliche Amt die Gewerbetreibenden und Landwirthe des Kreises auf zur möglichst zahlreichen Betheiligung an diesem vaterländischen Unternehmen, und zeigt schließlich an, daß eine Einladung zur Zeichnung von Vorschuss-Anleihscheinen in der hiesigen Amts-Kanzlei ausliege.

△ Görlitz. Es ist hier noch nicht bekannt geworden, ob hiesige Gewerbetreibende oder Landwirthe der Umgegend Anmeldungen für die Ausstellung, die im Mai zu Breslau eröffnet werden soll, gemacht haben. Doch scheint man sich jetzt etwas mehr für dieses gemeinnützige provinzielle Unternehmen zu erwärmen, als es noch vor einigen Tagen der Fall war. Der hiesige Gewerberath hat folgende Bekanntmachung erlassen:

„Mit dem 24. Mai d. J. beginnt für einen achtwöchentlichen Zeitraum in Breslau eine öffentliche Ausstellung für Industrie, Bergwerks- und landwirthsch. Erzeugnisse der gesammten Provinz Schlessien. Gegenstände zu dieser Ausstellung sind bis 15. April d. J. anzumelden und in der Zeit vom 1. bis 15. Mai spätestens einzuliefern. Das Programm befindet sich in Nr. 23 der Breslauer Zeitung vom 23. d. M. Indem wir die Gewerbetreibenden hiervon in Kenntniß setzen, bitten wir ergebenst, die gedachte Ausstellung mit recht vielen, sich dazu eignenden Gegenständen beschenken zu wollen, und machen darauf aufmerksam, daß die Königl. Regierung zu Koenigsberg unterm 13. d. Mts. (Amtsbl. Stück 4, Seite 21) eine rege Theilnahme der Gewerbetreibenden anempfohlen hat.“

Oppeu. Dem Landbriefträger Sennwitz in Kosel, für die vollführte Rettung des Knaben Ulbrich ebendasselbst, das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr verliehen, dem Polizei-Distrikts-Kommissarius Freiherrn v. Bok zu Lnkau, Koseler Kreises, für die vollführte Lebensrettung der verheh. Nowakowsky das Verdienst-Ehrenzeichen für Rettung aus Gefahr verliehen. Nachdem dem Schul-Inspektor und Pfarr-Administrator Strauß zu Nimsdorf, die Pfarre in Guttentag verliehen worden, ist an dessen Stelle der Erzpfarver und Pfarrer Hoffmann in Kostenhal, zum Schul-Inspektor des Koseler Kreises ernannt worden. — Nachbenannte katholische Schul-Adjuvanten haben Lehrerstellen erhalten: Grundey, die zweite Lehrerstelle zu Kosel, Grundrum, die Schullehrerstelle zu Witkow, Pfeffer Kreises, Stanjek, die Schullehrerstelle zur Zernitz, tost-gleiwitzer Kreises, und Taischick, die Schullehrerstelle zu Altkupp. Dem jüdischen Schul-Amis-Kandidaten Lippman Klempner zu Rybnick ist die Genehmigung zur Errichtung einer Privat-Behr-Anstalt ertheilt worden.

Literatur, Kunst und Wissenschaft.

** Breslau, 30. Jan. [Vorlesungen im Café restaurant.] Gestern Abend hielt Hr. Dir. Temme einen Vortrag über „die Entwicklung des Strafprozesses in Deutschland.“ Die Begriffe „Gesetz“ und „Recht“ werden oft mit einander verwechselt; in absoluten Staaten ist der Herrscher wohl Quelle des Gesetzes, nicht aber Quelle des Rechts. In dem letzteren liegen die Verhaltens-Normen für das äußerliche Handeln, die im Bewußtsein des Volkes als allgemein gültig angenommen werden; Gesetz ist der niedergeschriebene Rechtswille der in einem Staate geltenden gesetzgebenden Gewalt. Nach diesen Definitionen ging der Redner auf die Anfänge des Kriminalprozesses in Deutschland selbst über. Ursprünglich fanden die freigewählten Schöppen den Rechtspruch, der von der Gemeinde bestätigt werden mußte; mit der Einföhrung der wirklichen Herrschergewalt (unter Karl dem Großen) fiel bereits diese Bestätigung hinweg. Der Vorsitzende des Gerichts verkündete den Spruch der Schöppen. Den meisten Einfluß auf die Umwandlung des Strafprozesses hatten das römische und kanonische Recht; überhaupt sank das Rechtsbewußtsein im Volke immer mehr, je weiter sich die eigentliche Gelehrsamkeit einmischte. Sehr interessant waren die darauf folgenden Mittheilungen über die Gottesurtheile (Feuerprobe, Kesselprobe, Zweikampf), über die Eideshelfer und endlich über die Tortur. Es ist Pflicht des Richters — schreibt der alte Meckbach — nicht bei den gewöhnlichen Torturmitteln stehen zu bleiben, sondern neue zu erfinden, von denen zu vermuthen, daß sie dem Verbrecher (der vorläufig bloß verdächtig ist) ein Geständniß erpressen. In Preußen wurde die Tortur zuerst abgeschafft, wie überhaupt Preußen mit der Reform der Strafrechtspflege voranging. Demungeachtet war der Zustand derselben noch bis auf die letztere Zeit sehr traurig, so daß ein Russe, der die preussischen Gerichte untersuchte, dem Vortragenden selbst sagte, die preussischen Richter müßten sehr ehrenwerthe Männer sein, daß nicht große und viele Ungerechtigkeiten verübt würden. Die neueste Zeit brachte Abhilfe durch Mündlichkeit, Oeffentlichkeit und Schwurgericht. Mit einer Hervorhebung der Vorzüge der letztern schloß der Redner.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

* Breslau, 30. Januar. Eine industrielle Anlage im großartigsten Maßstabe ist am hiesigen Orte vor einigen Wochen mit Nachdruck ins Leben gerufen worden. Wir meinen die nach einer breiter Musteranstalt angelegte Cigarrenfabrik des Hauses W. Bruzlow und Sohn in der Magazinstraße hieselbst. Das Blatt, welches in dieser Fabrik verarbeitet wird, ist amerikanisch, die Arbeiter selbst zum großen Theil aus Bremen. Von dem ersten Stadium des Blatt-ansehens, des Wickelns, bis zum Trocknen, Sortiren und Verpacken folgten wir den mit emsiger Thätigkeit verrichteten Manipulationen und fanden, daß auch die kunstgerechte Arbeit in diesem Fache auf vaterländischen Boden mit Umsicht und Geschick verpflanzt worden ist. Die im Frühjahr hier stattfindende Gewerbeausstellung wird auch von dieser in solcher Ausdehnung in Schlessien bisher noch nicht vertretenen industriellen Thätigkeit Zeugniß geben.

Praktisches Verfahren zum Maisbau im Großen und im Kleinen.

Es ist ein erfreuliches Zeichen unserer Tage, daß man endlich auch bei uns von vielen Seiten sich angeregt fühlt, den Maisbau in Aufnahme und Anwendung zu bringen.

Ich lege meine seit vier Jahren darüber gemachten Erfahrungen dabei zu Grunde. Der Boden wird so präparirt, wie zum Kartoffelbau, im Herbst gestürzt, in rauher Furche über Winter liegen gelassen, für den Abfluß des Wassers georot, im Frühjahr möglich tief querüber gepflügt, ganz klar geeget, und die etwaigen Wurzelunkräuter entfernt.

Um den eigenen Bedarf an Samen zu gewinnen, was dem Ankauf desselben vorzuziehen ist, weil derselbe zu theuer zu stehen kommt, so läßt man soviel als man nöthig zu haben glaubt, in Samen säen.

Das Entkörnen der Maiskolben geschieht am leichtesten und wohlfeilsten durch Dreschen auf einer Tenne bei starkem Froste.

Der Verfasser hat den Maisbau auf einem humosen eisenschüssigen Sandboden auf seinem Eigenthum zwar nur im Kleinen, aber in der hier angegebenen Art mit vielem Glück betrieben, und wunderschönen reifen Mais geerntet.

Berlin, 29. Januar. [Patente.] Dem Schlossermeister H. Benedek zu Berlin ist unter dem 26. Januar 1852 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Modell nachgewiesene, als neu und eigenthümlich erkannte Sicherheitsvorrichtung an Bramaschlössern auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Maschinen-Fabrikanten Albert Fesca in Berlin ist unter dem 26. Januar 1852 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Vorrichtung an Centrifugal-Maschinen, um das Schwanken der Achse zu verhindern, so weit dieselbe als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Dem Feodor Meißter zu Chemnitz ist unter dem 26. Januar 1852 ein Patent auf ein als neu und eigenthümlich anerkanntes Zündnadelgewehr in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staats ertheilt worden.

Breslau, 31. Januar. [Wollbericht.] Die Lebhaftigkeit des Wollgeschäftes im Monate Dezember dauerte im Januar in noch verstärktem Maße fort. Es war die Frage nach Wolle fast aller Gattungen bedeutend, und der Umsatz belief sich auf mehr als 7000 Ctr. zum größten Theile polnischer und russischer Wollen.

Käufer waren die Kammgarn- und Tuchfabrikanten aus dem Zollverbande, sowie Händler aus Berlin, Sachsen und vom Rheine. Auch die hiesigen Kommissionshäuser waren nicht unthätig.

Von Abschüssen auf die neue Schur ist uns manches bekannt geworden. Dieselben sollen meistens mit einem ganz unbedeutenden Aufschlage auf die Preise des letzten Juni-Wollmarktes gemacht sein.

Die von der Handelskammer zur Abfassung von Wollberichten erwählte Kommission.

Breslau, 30. Januar. [Produkten-Markt.] An unserem Getreide-Markt war es auch heute ziemlich lebhaft, man bemerkte rege Kauflust für Weizen und Roggen, und selbst für Gerste und Hafer war der Begehr besser. Es zeigten sich heute wieder einige Käufer für Sachsen, die besonders auf schweren Roggen rekrutirten.

Kleesaat ging rasch an Käufer über, und man bezahlte für weiße 8 bis 13 1/2 Rtl., so wie für rothe 11 bis 16 1/2 u. 17 Rtl. Feinere Qualitäten holten sogar 1/2 bis 3/4 mehr. Weisse Spiritus heute wieder angenehmer und à 13 Rtl. bei Kleinigkeiten gut zu lassen, größere Partien bedingen willig 12 1/2 Rtl.

Wasserstand. Oberpegel. Unterpegel. Am 30. Januar: 16 Fuß 2 Zoll. 5 Fuß - Zoll.

Eisenbahn-Zeitung. Oberschlesische Eisenbahn. Güterverkehr auf dem Bahnhofe Breslau im Dezember 1851.

Table with 12 columns: Stationen, Pr. Ctr., Wien Ctr., Pr. Ctr., Wien Ctr. and 8 rows of goods including Spirituosen, Metalle, ökonomische Produkte, etc.

mithin die Total-Fracht-Bewegung im Dezember 276,913 Pr. Ctr. Es hatte betragen im November 220,096 Pr. Ctr. im Oktober 260,295 Pr. Ctr.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 18. bis 24. Januar d. J. 6246 Personen und 30,321 Rtlr. 3 Sgr. 1 Pf. Gesamt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport etc.

Mannigfaltiges.

(Friedrich II. in großer Gefahr.) Nach dem Einmarsch der preussischen Truppen in Schlessen im Jahre 1741 hatte sich die österreichische Armee in größter Stille bei Zindel und Mollwitz, unweit Brieg, hinter einen Berg postirt. Der Bauer Margner aus Zindel gerieth den österreichischen Vorposten in die Hände, die ihn zuerst für einen Spion hielten, dann aber ihn unter Androhung des Todes wieder entließen, wenn er irgend Jemandem das Mindeste von ihrer Anwesenheit mittheilte.

Die alten Redensarten: „Einem auf den Mund sehen“, „Einem auf den Zahn fühlen“, und zur Wissenschaft erhoben worden.

Die tragische Liebhaberin in Frankfurt a. M. Fräulein Januschek hat zu ihrem Benefizge...

Die kritische und auswärtige Bibelgesellschaft hat die Bibel seit 1804 in 165 verschiedene Sprachen drucken, größtentheils erst übersehen lassen.

Die tragische Liebhaberin in Frankfurt a. M. Fräulein Januschek hat zu ihrem Benefizge...

Ein alter deutscher Soldat. Bei Gelegenheit von Besetzung militärischer Stellen kommen amerikanische Blätter auf den beim dritten Militärdepartement postirten alten...

Verbindungs-Anzeige. Unsere am 25. d. Mts. vollzogene eheliche Verbindung zeigen wir Freunden und Verwandten ergebenst an.

Todes-Anzeige. Den heute früh 1 Uhr nach langem Leiden erfolgten sanften Tod unseres guten Vaters...

Bitte. Ein kleines, armes Dörflein, Münchhausen wird's genannt, Dem dürftige Halme sprechen...

Ein Pfennig, so geringe! Nicht ihn drum Jung und Alt, Von ihm sich loszurigen...

Was Menschenliebe heut In allen Sorten Geth, Zum Sammeln ist bereit...

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

General-Versammlung der Mitglieder der alten jüdischen Kultus-Gemeinde.

2. Quartett-Matinée findet eingetretener Hindernisse wegen erst Sonntag am 8. Febr. statt.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Der Vorstand. Breslau, den 26. Januar 1852.

Wissenschaftliche Vorträge. Sonnabend, den 31. Januar, Abends 8 Uhr, im priv. Handlungsdiener-Institut-Gebäude: Herr Dr. Schwarz aus der Chemie.

The dansant im Börsen-Lokale. Dienstag den 3. Februar. Die Billets sind im Comptoir des Herrn A. G. L. Müller, Karls-Straße Nr. 36, zu lösen.

Anzeige. Mein Magazin kalligr. Vorlegeblätter ist jetzt wieder vollständig, und wie vielfach gewünscht, die erste und zweite Lieferung jede in zwei Abtheilungen zu haben.

Eine Stelle als Schäfer auf einem Dominio im Großherzogthum Posen wird von Unterzeichnetem zu Johann d. J. zu übernehmen gewünscht.

Samen-Offerte. Herr Anton Bauer in Ratibor übernimmt für dort und die Umgegend Bestellungen auf meine Gemüße, Dekonomie, Gras-, Holz- und Blumen-Sämereien etc.

Winter-Berein. Montag, den 2. Febr. Gesellschaft (Theater) und können nach § 13 der Statuten an solchen Tagen Einheimische als Gäste nicht mitgebracht werden.

Holzverkaufs-Bekanntmachung. Es sollen im Forst-Revier Kubbrück circa 200 Klafter kieferne Brennholz und circa 300 Stück kieferne Bauholz...

Brauerei-Verpachtung. Durch den Tod des Brauereimeisters Draesner wird die hiesige Brauerei zum 1. April 1852 pachtlos.

Auktion. Den 2. Februar und folgende Tage, Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr, sollen Oblauerstraße Nr. 30 aus einem aufgelassenen Geschäft diverse Ballkleider, Battistkleider, seidene Shawls, dergl. Taschentücher u. s. w. öffentlich versteigert werden.

Heiraths-Gesuch. Ein junger Landwirth von angenehmen Aeußern und Charakter, bemittelt, sucht zur Ausführung eines vortheilhaften Gut-Kaufes, eine junge Dame mit einem disponiblen Vermögen von circa 6-8000 Thlr. zur Lebensgefährtin, und wird hierbei mehr auf Verzeugsüßte, als auf schönes Gesicht gesehen.

Neuere, das Wachsthum der Haare befördernde Pomade. Die von mir seit Jahren gefertigte Pomade zeichnet sich aus durch den allerfeinsten Rosenparfüm, Haltbarkeit und deren Wirkung.

Musiker-Gesuch. Brauchbare Musiker, ein erster Violinist, Trompeter, Klarinetist, Hornist, Bassist, finden ein dauerndes Engagement mit einer monatlichen Gage von 6 Thalern und freier Station bei G. Leopold, Stadt-Musikdirektor zu Lissa, in der Provinz Posen.

100 Ballon Salzsäure, hier lagernd, habe ich billig zu offeriren. Theodor Opitz, Albrechts-Straße Nr. 3.

Friscu Silberlachs u. Dorsch empfing und offerirt: Gustav Rösner, Fischmarkt Nr. 1, und Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1.

Trockenes Brennholz beste Sorte in großen Scheiden, gehäut und klein gespalten, verkaufen billig: Hübner u. Sohn, Ring Nr. 35, 1 Trepp.

[314] Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Lieferung der zur Unterhaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn pro 1852 erforderlichen Bahn- und Kuz-Hölzer als: 6000 Stück tieferne Stößschwelle à 9' lang, 12000 Stück tieferne Mittelschwelle à 8' lang, 320 Stück tieferne Kreuzungsschwelle von 10-18' lang und diverse Bohlen und Hölzer aus Eichen, Eschen, Weißbuchen, Linden, Erlen, Rütern, sowie 4000 Stück Hammerstiele und 50 Stück Hebeäme soll im Wege der Submission ausgegeben werden. Der Termin hierzu steht auf den 20. Februar d. J. an und liegen die näheren Bedingungen in unserm Hauptbureau zu Berlin, aus welchem sie auch gegen Erstattung der Kopialien bezogen werden können, aus. Berlin, den 14. Januar 1852. Königl. Verwaltung der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

[262] Bekanntmachung.

Die im Weihnachtstermine 1851 fällig gewordenen Zinsen sowohl der 4- als auch 3 1/2 procentigen großherzoglich posesischen Pfandbriefe werden gegen Einlieferung der betreffenden Coupons und deren Spezifikationen vom 1. bis 16. Februar d. J., die Sonntage ausgenommen, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr in Berlin durch den unterzeichneten Agenten in seiner Wohnung (wo auch die Schemata zu den Coupons-Spezifikationen unentgeltlich zu haben sind) und in Breslau durch den Herrn geh. Commerzien-Rath F. F. Kraker ausgezahlt. Nach dem 16. Februar wird die Zinszahlung geschlossen, und können die nicht erhobenen Zinsen erst im Johannis-Termine 1852 gezahlt werden. Berlin, 13. Januar 1852. F. Mart. Magnus, Behrensstr. Nr. 46.

Die in vorstehender Bekanntmachung bezeichneten Zinsen von großh. posesischen Pfandbriefen werden in den Geschäftstagen vom 1. bis 16. Februar in den Vormittagsstunden von 9-12 Uhr in meiner Wohnung gegen Einlieferung der Coupons und deren Spezifikationen, wozu die Schemata unentgeltlich bei mir zu haben sind, ausgezahlt. Breslau, 14. Januar 1852. Joh. Ferd. Kraker, Ring Nr. 5.

[1046] Schweizerhaus am Freiburger Bahnhofe.

Sonntag den 1. Februar: Einweihung des von mir übernommenen Lokals. Von 3 Uhr ab Concert des beliebten Dramatikers Herrn J. Frey aus Teplitz, bestehend im Vortrag einzelner Scenen im Kostüm. Entree 2 1/2 Sgr. Um 7 Uhr Gesellschafts-Ball. Entree für Herren 5 Sgr. Damen in Begleitung von Herren frei. Um zahlreiches Besuch bittet W. Sturm.

Gute Schriftgießer-Gehülfsen

können sofort Kondition erhalten bei [471] Graß, Barth u. Comp. in Breslau.

[474] Samen-Offerte.

Hiermit erlaube mir mein neues Samen-Lager von Dekonomie- und Garten-Sämereien, welche nur echt und frisch abgegeben werden, Geschäftsfreunden und Konsumenten unter Versicherung prompter Ausführung, bestens zu empfehlen; die betr. Preisliste wird gratis verabreicht. Eduard Monhaupt d. Welt., Kunst- und Handelsgärtner, Samen-Handlung, Junkerstraße, gegenüber der goldenen Gans.

[941] Meinen verehrten Geschäftsfreunden die ergebene Anzeige, daß ich in meiner hiesigen Kupfer-Waaren-Fabrik, Breslau, Brüderstraße Nr. 22,

nunmehr Lager, sowohl von Rohmaterial in Kupfer, Zinn, Blei etc., als auch aller Fabrikate meines Messing- und Kupferwerks in Berlin, halte und mich ferner bestreben werde, die geschätzten Aufträge meiner geehrten Kommittenten stets prompt und bestens auszuführen. Preis-Courants sind im Comptoir meiner Fabrik zu haben. C. Heckmann.

[1048] Larven und Maskenzeichen

in größter Auswahl empfiehlt zu den billigsten Preisen: Ernst Heiber, Schweidnitzer-Strasse Nr. 17. NB. Wiederverkäufer erhalten einen angemessenen Rabatt.

[1054] Schneeweiße Apollo-Kerzen, à Pack 9 1/2 Sgr., bei 5 Pack à 9 Sgr., beste weiße Stearin-Kerzen, à Pack 8 Sgr., bei 5 Pack à 7 1/2 Sgr., II. Qualität dito à Pack 7 1/2 Sgr., bei 5 Pack à 7 Sgr., empfiehlt: Heinrich Kraniger, Karlsplatz Nr. 3, am Potohhof.

[75] Im Comtoir der Buchdruckerei von Graß, Barth und Comp. in Breslau, Herrenstraße Nr. 20, sind vorräthig:

- Formulare zu Branntwein-Ausfuhr-Anmeldungen, à Buch 5 Sgr. Desgl. zu Vorladungen zum Gebrauche der Herren Schiedsmänner, à Buch 5 Sgr. Zeugnisse für Meister- und Gefellen-Prüfungen. Nichts-Quittungsbücher, das Stück 1 Sgr. Alphabete großer deutscher Buchstaben, à Bogen 2 1/2 Sgr.

Fahrplan der Breslauer Eisenbahnen.

Table with columns for destination (Oberschles., Berlin, Freiburg), departure times, and arrival times. Includes details for various routes and connections.

[1056] Ein im Schneidern geübtes Mädchen, welches in herrschaftlichen Häusern arbeitet, sucht noch für 2 Tage in der Woche Beschäftigung. Matthiasstraße Nr. 7, 1 Stiege links.

[529] Kiefer-Samen

bester Qualität und diesjähriger Ernte offerirt der Unterzeichnete von hiesiger Samendarre wieder möglichst billig. Kösa, bei Düben, den 26. Januar 1852. Der Förster Ritz.

Täglich frische Mustern,

Natives und Goldhefter, bei Gustav Scholz, Schweidnitzerstr. Nr. 50, Ecke der Junkernstr.

[523] Hopfen-Offerte.

Gestern empfing ich eine bedeutende Partie 1850r bairischen Hopfen, welchen ich zu soliden Preisen ablassen kann. C. F. G. Kärger.

[1051] Drei dauerhafte Fensterlader sind billig zu verkaufen Langeholzgasse Nr. 2, 1. Stock.

[478] Das Dom. Ober-Wangen bei Spittelndorf, verkauft 150 sehr fetter Schafe, 12 fetter Schweine und 15 fetter Däsen.

Ein schwarzer Windhund hat sich bei mir eingefunden, und kann dem Eigenthümer überliefert werden Rosenthaler-Strasse Nr. 11.

[1055] Die Wohnung Kupferschmiedestraße Nr. 16, 3 Treppen hoch rechts, ist von dem gegenwärtigen Inhaber derselben vom 1. April ab billig zu vermieten.

[531] Zu vermieten ist Termin Oftern im goldenen Helm, Nikolai-Strasse Nr. 27, im Hofe, ein geräumiges Lokal, welches eine Reihe von Jahren hindurch zu einer Elementar-Schulstube benutzt worden ist. Auch würde ein Gärtchen dabei mit vermietet werden können. Auskunft hierüber wird im Vorderhause, eine Stiege hoch, erteilt.

[931] Ein Geschäfts-Lokal (auch Comptoir) ist zu vermieten und bald zu beziehen: Schuhbrücke Nr. 36.

Ein großer schöner Keller, welcher früher als Restaurationslokal benutzt wurde, ist zu vermieten Herrenstr. 20. [481]

[987] Zu vermieten und Oftern zu beziehen ist die zweite Etage Ring Nr. 43.

Zu vermieten

eine Wohnung von zwei Stuben, Kabinet, Lichter Küche und großen Bodenraum zwei Treppen hoch, Mäntelgasse Nr. 14. Näheres Bischofsstraße Nr. 7, 2 Treppen hoch. [950]

[1047] Eine schöne Wohnung von 2 Stuben nebst Zubehör, vornheraus, ist sofort oder zu Oftern d. J., Goldnerdegasse Nr. 4, zu vermieten. Näheres zu erfahren Nikolai-Strasse Nr. 71, erste Etage.

[183] Zimmer! Vergnügt!

Bischofs Hamburger Keller, Ring 10 und 11, Blücherplatz, empfiehlt sein Lager seiner Weine, Cognac und Araf, sowie acht englisch Porter, Kremier-Weißbier und Erlanger Lagerbier.

König's Hotel garni,

Abrechtsstr. 33, neben der königl. Regierung, empfiehlt sich auch in diesem Jahre dem geehrten Reisepublikum zu geneigter Beachtung. [194]

[527] Fremdenliste von Zettlitz Hotel.

Kicut. v. Schmidt aus Wobslau. Kicut. Graf v. Nayhaus aus Wobslau. Gutsbes. Schwarz aus Neudorf. Gutsbes. v. Canitz aus Werseburg. Mechaniker Schäffer aus Magdeburg. Kaufm. Klein aus Glogau. Partikulier Liebermann aus Piegitz.

Preise der Cerealien und des Spiritus. Breslau am 30. Januar.

Table listing prices for various grains (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Erbsen, etc.) and spirits (Weißer Weizen, Gelber dito, etc.) with columns for quantity and price.

Börsenberichte.

Breslau, 30. Jan. Geld- u. Fonds-Course. Holl. R. Duf. 96 Br. Kaiser. Duf. 96 Br. Fredr or 113 1/2 Br. Ed'or 109 1/2 Gl. Poln. Bank-Billet 95 1/2 Gl. Oesterr. Bankn. 81 1/2 Gl. Freiw. St.-Anleihe 5 1/2 102 1/2 Br. R. Preuß. Anleihe 4 1/2 102 1/2 Br. St.-Schuld-Sch. 3 1/2 88 1/2 Gl. Seehandl.-Präm.-Sch. 122 Br. Preuß. Bank.-Anteile - Bresl. Stadt-Obligat. 4 1/2 100 1/2 Br. Bresl. Kamm.-Obligat. 4 1/2 102 1/2 Br. dto. 4 1/2 100 1/2 Br. Bresl. Gerechtigkeits-Oblig. 4 1/2 - Großberz. Pos. Pöbr. 103 1/2 Br. neue 3 1/2 94 1/2 Br. Schles. Pöbr. à 1000 Rthlr. 3 1/2 97 1/2 Br. neue Schles. Pöbr. 4 1/2 103 1/2 Br. Litt. B. 4 1/2 103 1/2 Br. 3 1/2 96 Br. Rentendr. 99 1/2 Br. Alte poln. Pöbr. 4 1/2 95 1/2 Br. neue 95 1/2 Br. poln. Part.-Oblig. à 300 Fl. 4 - Poln. Anleihe dito à 200 Fl. Schatz-Oblig. 4 - Poln. Anleihe 1835 à 500 Fl. - Poln. - Eisenbahn-Aktien. - Kurbel. Präm.-Sch. à 40 Rthl. - Bad. Loose à 35 Fl. - Bresl. Schweid.-Freib. 78 Br. Prior. 4 - - - - - Prior. Obligat. von 1851 4 1/2 96 1/2 Br. Dberschl. Litt. A. 3 1/2 133 1/2 Br. Litt. B. 3 1/2 120 Br. Prior. Obligat. Litt. C. 4 1/2 99 1/2 Br. Prior. 4 - - - - - Prior. 4 - - - - - Prior. 4 - - - - - Nieder-schl.-Märk. 3 1/2 93 1/2 Br. Prior. 4 - - - - - Prior. ser. 4 1/2 - - - - - Prior. 5 Ser. III. - - - - - Prior. Ser. IV. 5 - - - - - Wilhelmshafen (Kof.-Oderh.) 4 - - - - - Reise-Briegler 4 1/2 56 1/2 Gl. Köln-Mindener 3 1/2 - - - - - Prior. 5 1/2 N. Emiss. - - - - - Sächs.-Schles. 4 - - - - - Fr.-Wilsb.-Nordb. 4 1/2 37 1/2 Br. Pos. Stargard 3 1/2 - - - - -

Berlin, 29. Jan. Da die gestrigen Gerüchte, wie wir dies gleich gestern mittheilten, sämtlich sich als vollständig unwahr erwiesen haben, so war die Börse heute nach einigen vorübergehenden Schwankungen bei allgemeiner Kauflust wieder in entschieden günstiger Stimmung, doch wurde eine größere Steigerung der Course durch die nahe Liquidation gehemmt. Eisenbahn-Aktien. Rdn.-Mindener 3 1/2 106, 105 1/2, 6 bez. u. Gl. Prior. 4 1/2 102 1/2 Gl., 5 1/2 104 Br. Krat.-Dberschl. 81 1/2 Br. 4 - - - - - Fr.-Wilsb.-Nordb. 4 1/2 37 1/2, 37 à 1/2 bez., Prior. 5 1/2 99 1/2 Br. Niederschl.-Märk. 3 1/2 93 1/2 bez. u. Br. Prior. 4 1/2 98 1/2 Gl., Prior. 4 1/2 101 1/2 bez., 5 - - - - - Serie III. Prior. 101 bez., Prior. Serie IV 5 1/2 103 1/2 bez. Niederschl.-Märk. Zweigb. 4 - - - - - Oberschl. Litt. A. 3 1/2 132 Br., Litt. B. 3 1/2 120 Br. Rheinische 64 à 1/2 bez. Stargard-Pol. 86 1/2 à 1/2 bez. u. Br. Geld- u. Fonds-Course. Freiw. St.-Anleihe 5 1/2 102 1/2 Br. St.-Anleihe 1850 4 1/2 101 1/2 bez., dto. von 1852 100 1/2 à 100 1/2 bez. St.-Schuld.-Sch. 3 1/2 89 bez. Seehandl.-Präm.-Sch. - - - - - Preuß. Bank-Anteil-Sch. 96 à 96 1/2 bez. Pos. Pöbr. 4 1/2 103 Gl., 3 1/2 94 1/2 Br. poln. Pöbr. 4 1/2 95 1/2 Br. poln. Part.-Obligat. à 500 Fl. 4 1/2 85 Br., à 300 Fl. 147 Gl.

Wien, 29. Jan. In 5 Metalls wurde Mebreres für holländische Rechnung gekauft. Bei sonst wenig belebtem Geschäft blieben die Course fast unverändert. Bank- und Nordbahn-aktien flau, und von 153 1/2 bis 152 1/2 gemacht. Valuten fast durchgängig zur gestrigen Notirung, und nur in London erheblicher Umsatz. 5 Metalls. 94 1/2, 4 1/2 83 1/2, Nordb. 152 1/2; Hamburg 2 Monat 183; London 3 Monat 12. 19 u. 12. 20; Silber 23 1/2.

Frankfurt a. M., 29. Jan., Nachm. 2 Uhr. Nordbahn 38 1/2. Hamburg, 29. Jan., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Weizen fest. Roggen, gestrige Preise geboten, Forderung ansehnlich höher. Del. fest, stille. Zink, 1000 Gr. loco 9 Mt. 10 Sch. London, 28. Januar, Nachm. 5 Uhr 30 Min. Konsols 96 1/2, %. Telegraphische Course. Berlin, 30. Jan. St.-Schuld.-Sch. 89. 5 1/2 Anleihe 102 1/2, 4 1/2 101. Rentendr. 99 1/2. Pos. Pöbr. 94 1/2. Oberschl. 132 1/2. Krat. 81 1/2. Märk. 93 1/2. Nordbahn 37%. Schwaches Geschäft. Paris, 29. Jan. 5% Rente 102. 95.